



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
21.12.2022**

öffentlich

Ort: **Konzerthalle Ulrichskirche,
Christian-Wolff-Straße 2,
06108 Halle (Saale)**

Zeit: **14:00 Uhr bis 18:15 Uhr**

Anwesenheit: **siehe Teilnahmeverzeichnis**

Anwesend waren:

Mitglieder

Katja Müller	Vorsitzende des Stadtrates
	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Stefanie Mackies	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
	Teilnahme bis 16.30 Uhr
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
	Teilnahme ab 14.30 Uhr
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Christoph Bergner	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Christoph Bernstiel	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 14.55 Uhr
Bernhard Bönisch	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Steve Mämecke	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Mario Schaaf	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Claudia Schmidt	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Scholtyssek	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Johannes Streckenbach	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Inés Brock-Harder	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Jan Döring	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dennis Helmich	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Annette Kreuzfeldt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Mario Lochmann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Johannes Ernst	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Andreas Heinrich	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Martin Sehrndt	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Dörte Jacobi	Fraktion MitBürger & Die PARTEI, Teilnahme ab 14.53 Uhr
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Dr.med. Detlef Wend	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Yvonne Winkler	Fraktion MitBürger & Die PARTEI, Teilnahme ab 14.10 Uhr
Tom Wolter	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Dr. Martin Ernst	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
Beate Gellert	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
Johannes Menke	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
Andreas Schachtschneider	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
Dr. Sven Thomas	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
Andreas Wels	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler

Dr. Silke Burkert
Eric Eigendorf
Kay Senius
Sören Steinke
Yana Mark
Olaf Schöder

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme bis 18.44 Uhr
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme ab 15.35 Uhr
Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Teilnahme ab 14.10 Uhr

Verwaltung

Egbert Geier

Bürgermeister
Beigeordneter für Finanzen und Personal
Beigeordnete für Kultur und Sport
Beigeordnete für Bildung und Soziales
Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Referent für Grundsatzangelegenheiten
Leiter Fachbereich Recht
Leiter Fachbereich Sicherheit
Protokollführer

Dr. Judith Marquardt
Katharina Brederlow
René Rebenstorf
Oliver Paulsen
Marco Schreyer
Tobias Teschner
Maik Stehle

Entschuldigt fehlten:

Beate Thomann
Torsten Radtke
Alexander Raue
René Schnabel
Hans-Dieter Sondermann
Johannes Krause
Torsten Schaper
Gernot Nette

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
AfD-Stadtratsfraktion Halle
AfD-Stadtratsfraktion Halle
AfD-Stadtratsfraktion Halle
Fraktion MitBürger & Die PARTEI
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Stadtrat

zu Einwohnerfragestunde

Frau Müller eröffnete die Einwohnerfragestunde.

zu Fragesteller 1 zum Arbeitskreis Suchtprävention

Fragesteller 1 fragte, warum eine der beiden Fachstellen im Arbeitskreis Suchtprävention wegfallen soll.

Frau Brederlow antwortete, dass es sich um eine Falschinformation handelt. Sie sagte, dass im Haushaltsplanentwurf die finanziellen Mittel analog des Vorjahres eingestellt wurden sind.

zu Fragesteller 2 zum Haus der Wohnhilfe

Fragesteller 2 fragte, wie vielen Personen in der kalten Jahreszeit ein Hausverbot im Haus der Wohnhilfe erteilt wurden ist. Er schilderte hierzu einen Vorgang, bei dem er eine Person bei sehr kalten Temperaturen vor dem Haus der Wohnhilfe aufgefunden hat, die aufgrund eines Hausverbotes keinen Zugang erhielt.

Er fragte weiterhin, ob man zu der Pressemitteilung hinsichtlich des Zustandes der sanitären Anlagen Stellung nehmen kann. Laut Pressemitteilung seien diese in einem guten Zustand. Dies kann er nicht bestätigen.

Frau Dr. Marquardt sagte, dass im Duschbereich schadhafte Abdichtungen festgestellt wurden sind. Die Reparatur dieser erfolgt noch in dieser Woche.

Frau Brederlow sagte zu, die Anzahl der erteilten Hausverbote in Erfahrung zu bringen und dem geschilderten Sachverhalt nachzugehen. Das Haus der Wohnhilfe trifft die Entscheidung zu Hausverboten in eigener Verantwortung und setzt diese um. In der Nacht erfolgt dies durch den Sicherheitsdienst.

zu Fragesteller 3 zum Gesundbrunnenviertel

Fragesteller 3 fragte, ob es bereits eine Antwort der Verwaltung auf den Fragenkatalog des Stadtrates Herrn Scholtyssek bezüglich der Vorgärten und des Parkens im Gesundbrunnenviertel gibt.

Herr Rebenstorf sagte, dass die Antwort dem Stadtrat im Januar vorgelegt wird.

Fragesteller 3 fragte weiterhin, welche Maßnahmen unternommen werden, um den Ausbau privater Stellflächen im Gesundbrunnenviertel zu realisieren.

Herr Rebenstorf sagte, nur allgemein antworten zu können, da sich der Fragesteller mit der Verwaltung im Rechtsstreit befindet. Da die Gebäude in der Regel aus den 20-iger Jahren stammen und damals noch kein Stellplatznachweis galt, kann es keine Verpflichtung der Stadt geben, einen Stellplatznachweis auf dem eigenen Grundstück zu führen. Die

bundesdeutsche Gesetzgebung sieht bei Neubauvorhaben einen Stellplatznachweis auf dem eigenen Grundstück vor und bei vorhandenen Grundstücken die Realisierung von Abstellflächen im Rahmen der Möglichkeiten.

zu Fragesteller 4 zu Corona-Impfstoffen

Fragesteller 4 fragte, ob über spezifische Gesundheitsdaten der Stadträtinnen und Stadträte und der Verwaltungsmitarbeiterinnen und Verwaltungsmitarbeiter Auskunft gegeben werden kann hinsichtlich möglicher Impfschäden.

Frau Müller sagte, dass in der Einwohnerfragestunde Fragen hinsichtlich der Tagesordnung oder einer wichtigen Angelegenheit der Stadt zulässig sind. Dies ist bei der gestellten Frage nicht der Fall.

Es lagen keine weiteren Einwohnerfragen vor. **Frau Müller** beendete die Einwohnerfragestunde.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Stadtrates wurde von der Vorsitzenden, **Frau Katja Müller**, eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 45 anwesenden Stadträtinnen und Stadträten fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Müller schlug vor, folgende Punkte von der Tagesordnung zu nehmen:

Öffentlicher Teil

TOP 7.1.2 bis 7.1.6 und 7.1.8

Änderungsanträge zur Beschlussvorlage "Haushaltskonsolidierungskonzept ab dem Haushaltsjahr 2023 und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2023 sowie den Beteiligungsbericht 2021"

- ➔ **Vorschlag: absetzen**
- ➔ **im Finanzausschuss zurückgezogen**

TOP 7.3.1

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Vierte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung der Hundesteuer sowie über die Ausgabe und Verwendung von Hundesteuermarken im Bereich der Stadt Halle (Saale)" VII/2022/04655

Vorlage: VII/2022/04941

- ➔ **Vorschlag: absetzen**
- ➔ **im Finanzausschuss zurückgezogen**

TOP 7.10

Kooperationsvertrag Förderverein Freifunk Halle e.V.

Vorlage: VII/2022/04241

- ➔ **Vorschlag: vertagen**
- ➔ **im AWWSD vertagt**

TOP 8.2

Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Durchführung eines Sofortprogramms „Gewusst wie!“ der EVH

Vorlage: VII/2022/04596

- ➔ **Vorschlag: vertagen**
- ➔ **im FA vertagt**

TOP 8.3

Antrag des Stadtrates Dr. Detlef Wend (MitBürger & Die PARTEI) zur Abschaffung von personenbezogenen Dienstwagen im Konzern Stadt Halle (Saale) und bei den städtischen Töchtern

Vorlage: VII/2022/04860

- **Vorschlag: vertagen**
- **im FA vertagt**

TOP 8.4

Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zu einem gemeinsamen Weihnachtsmarkt 2022 mit der Stadt Leipzig

Vorlage: VII/2021/03546

- **Vorschlag: absetzen**
- **im AWWSD zurückgezogen**

TOP 8.8

Antrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zur Ermöglichung von Photovoltaikanlagen auf denkmalgeschützten Gebäuden

Vorlage: VII/2022/04529

- **Vorschlag: absetzen**
- **im PA zurückgezogen**

TOP 10.1 - 10.4

Mitteilungen

- **Vorschlag: absetzen**
- **liegen digital vor und können zur Kenntnis genommen werden**

TOP 12.1 - 12.5

Anregungen

- **Vorschlag: absetzen**
- **werden im HA behandelt**

TOP 13.1 und 13.2

Anträge auf Akteneinsichten

- **Vorschlag: absetzen**
- **werden durchgeführt**

Nicht öffentlicher Teil

TOP 20.1 und 20.2

Mitteilungen

- **Vorschlag: absetzen**
- **liegen digital vor und können zur Kenntnis genommen werden**

Frau Müller machte auf folgende Änderungen und Ergänzungen im öffentlichen Teil aufmerksam:

Öffentlicher Teil

TOP 7.1

Haushaltskonsolidierungskonzept ab dem Haushaltsjahr 2023 und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2023 sowie den Beteiligungsbericht 2021

Vorlage: VII/2022/04604

- **hierzu liegt ein weiterer Änderungsantrag vor:**
- **Änderungsantrag der Fraktionen MitBürger & Die PARTEI, SPD, Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE, Vorlage: VII/2022/05038**
- **Behandlung unter TOP 7.1.9**

TOP 8.1

Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Prüfung einer behindertengerechten Toilette in der Sternstraße

Vorlage: VII/2022/03913

- **Änderung im Beschlussvorschlag**
- **hierzu liegt ein Änderungsantrag des Oberbürgermeisters vor, Behandlung unter TOP 8.1.1**

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung. Frau Müller bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

Öffentlicher Teil

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
- 3.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 26.10.2022
- 3.2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 23.11.2022
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 4.1. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 23.11.2022
Vorlage: VII/2022/05057
5. Bericht des Oberbürgermeisters
6. Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

7. Beschlussvorlagen

7.1. Haushaltskonsolidierungskonzept ab dem Haushaltsjahr 2023 und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2023 sowie den Beteiligungsbericht 2021
Vorlage: VII/2022/04604

7.1.1. Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Ulrike Wünscher (CDU-Fraktion) zur Beschlussvorlage Haushaltskonsolidierungskonzept ab dem Haushaltsjahr 2023 und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2023 sowie den Beteiligungsbericht 2021 (VII/2022/04604)
Vorlage: VII/2022/04818

7.1.2. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Haushaltskonsolidierungskonzept ab dem Haushaltsjahr 2023 und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2023 sowie den Beteiligungsbericht 2021"
VII/2022/04604
Vorlage: VII/2022/04940 **ABGESETZT**

7.1.3. Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Beschlussvorlage Haushaltskonsolidierungskonzept ab dem Haushaltsjahr 2023 und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2023 sowie den Beteiligungsbericht 2021 (VII/2022/04604), hier: Förster/in
Vorlage: VII/2022/04899 **ABGESETZT**

7.1.4. Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Beschlussvorlage Haushaltskonsolidierungskonzept ab dem Haushaltsjahr 2023 und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2023 sowie den Beteiligungsbericht 2021 (VII/2022/04604), hier: Liveübertragung Stadtratssitzungen
Vorlage: VII/2022/04900 **ABGESETZT**

7.1.5. Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zum Haushaltskonsolidierungskonzept ab dem Haushaltsjahr 2023 und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2023 sowie den Beteiligungsbericht 2021
Vorlage: VII/2022/04947 **ABGESETZT**

7.1.6. Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Haushaltskonsolidierungskonzept ab dem Haushaltsjahr 2023 und zur Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2023 sowie dem Beteiligungsbericht 2021
Vorlage: VII/2022/04879 **ABGESETZT**

7.1.7. Änderungsantrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zum Haushaltskonsolidierungskonzept ab dem Haushaltsjahr 2023 und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2023 sowie den Beteiligungsbericht 2021
Vorlage: VII/2022/04910

7.1.8. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zum Haushaltskonsolidierungskonzept ab dem Haushaltsjahr 2023 und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2023 sowie den Beteiligungsbericht 2021
Vorlage: VII/2022/05036 **ABGESETZT**

7.1.9. Änderungsantrag der Fraktionen MitBürger & Die PARTEI, SPD, Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zum Haushaltskonsolidierungskonzept ab dem Haushaltsjahr 2023 und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2023 sowie den Beteiligungsbericht 2021

Vorlage: VII/2022/05038

- 7.2. Vierte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Halle (Saale) über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze (Hebesatzsatzung)
Vorlage: VII/2022/04654
- 7.3. Vierte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung der Hundesteuer sowie über die Ausgabe und Verwendung von Hundesteuermarken im Bereich der Stadt Halle (Saale).
Vorlage: VII/2022/04655
- 7.3.1. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Vierte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung der Hundesteuer sowie über die Ausgabe und Verwendung von Hundesteuermarken im Bereich der Stadt Halle (Saale)" VII/2022/04655
Vorlage: VII/2022/04941
- ABGESETZT**
- 7.4. Wahl von Schiedspersonen für die Schiedsstellen 1 bis 3 der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2022/04928
- 7.5. 4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung ehrenamtlicher Bürgerinnen und Bürger (Entschädigungssatzung)
Vorlage: VII/2022/04760
- 7.6. Umbesetzung eines Mitglieds des Aufsichtsrates der Fernwasser-versorgung Elbaue-Ostharz GmbH
Vorlage: VII/2022/04930
- 7.7. Jahresabschluss 2021 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)
Vorlage: VII/2022/04446
- 7.8. Wirtschaftsplan 2023 Eigenbetrieb Kindertagesstätten Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2022/04392
- 7.9. Wirtschaftsplan 2023 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)
Vorlage: VII/2022/04823
- 7.10. Kooperationsvertrag Förderverein Freifunk Halle e.V.
Vorlage: VII/2022/04241
- VERTAGT**
- 7.11. Aufwandsentschädigungen des Hauptverwaltungsbeamten, des ersten Vertreters und der übrigen Beigeordneten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2022/04905
- 7.12. Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Halle (Saale) zum 31.12.2021
Vorlage: VII/2022/04801
- 7.13. Ermächtigung zur Darlehensaufnahme
Vorlage: VII/2022/04933
- 7.14. Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2022 im Fachbereich Bildung
Vorlage: VII/2022/04768

- 7.15. Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2022 im Fachbereich Sicherheit, Bereich Straßenreinigung
Vorlage: VII/2022/04998
- 7.16. Genehmigung von außerplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und außerplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2022 im Fachbereich Bildung
Vorlage: VII/2022/05000
- 7.17. Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: VII/2022/04985
- 7.18. Verwendung der Mittel gemäß § 8 und § 9 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Sachsen-Anhalt (ÖPVNG LSA) für das Jahr 2023 und die Höhe der Mittel für den Ausgleich verbundbedingter Belastungen sowie Information über die finanzielle Situation der HAVAG im Jahr 2023
Vorlage: VII/2022/04889
- 7.19. Verzicht auf Variantenbeschluss und Baubeschluss "Ersatzneubau der Holzplatzbrücke BR 020-021"
Vorlage: VII/2022/04607
- 7.20. Verzicht auf Variantenbeschluss und Baubeschluss "Ersatzneubau der Brücke Rennbahnkreuz östlich BR 024"
Vorlage: VII/2022/04608
- 7.21. Verzicht auf Variantenbeschluss und Baubeschluss "Ersatzneubau der Brücke Rennbahnkreuz westlich BR 025"
Vorlage: VII/2022/04610
- 7.22. Verzicht auf Variantenbeschluss und Baubeschluss "Sanierung des südlichen Tunnelleingangs BR 101 in der Silberhöhe"
Vorlage: VII/2022/04619
- 7.23. Verzicht auf Variantenbeschluss und Baubeschluss "Ersatzneubau der Brücke Kinderdorf BR 114"
Vorlage: VII/2022/04748
- 7.24. Baubeschluss - Erweiterungsneubau Grundschule Büschdorf Halle, Standort Käthe-Kollwitz-Straße 2, 06116 Halle (Saale)
Vorlage: VII/2022/04758
- 7.25. Änderung der Großräumigen Gliederung der Stadt Halle bezüglich des Stadtteilnamens Halle
Vorlage: VII/2022/04601
- 7.26. Aufstellung des Kunstwerks S a a l e n i x e von Heike Lichtenberg
Vorlage: VII/2022/04670
- 7.27. Verrechnung der Zahlungen an die HAVAG für Schülerzeitkarten aufgrund des 9-Euro-Tickets - 1. Änderungsvertrag zum Vertrag zur Beförderung der Schülerinnen und Schüler der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2022/04686

- 7.28. Sozial- und Jugendhilfeplanung nach FamBeFöG LSA
Vorlage: VII/2022/04747
- 7.29. Schulträgervereinbarung und Vereinbarung über Gastschulbeiträge
Vorlage: VII/2022/04756
8. Wiedervorlage
- 8.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Prüfung einer behindertengerechten Toilette in der Sternstraße
Vorlage: VII/2022/03913
- 8.1.1. Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Errichtung einer barrierefreien, behindertengerechten Toilette in der Sternstraße/Kleiner Berlin (VII/2022/03913)
Vorlage: VII/2022/05076
- 8.2. Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Durchführung eines Sofortprogramms „Gewusst wie!“ der EVH
Vorlage: VII/2022/04596 **VERTAGT**
- 8.3. Antrag des Stadtrates Dr. Detlef Wend (MitBürger & Die PARTEI) zur Abschaffung von personenbezogenen Dienstwagen im Konzern Stadt Halle (Saale) und bei den städtischen Töchtern
Vorlage: VII/2022/04860 **VERTAGT**
- 8.4. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zu einem gemeinsamen Weihnachtsmarkt 2022 mit der Stadt Leipzig
Vorlage: VII/2021/03546 **ABGESETZT**
- 8.5. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Unterzeichnung der Charta der Vielfalt durch die Stadt Halle (Saale) als Arbeitgeberin
Vorlage: VII/2022/04576
- 8.6. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Prüfung der besseren Nutzung von E-Scootern durch Freefloating in Außenbezirken
Vorlage: VII/2022/04585
- 8.7. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Prüfung von Anreiz- und Belohnungssystemen für klimafreundliches Verhalten
Vorlage: VII/2022/04587
- 8.8. Antrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zur Ermöglichung von Photovoltaikanlagen auf denkmalgeschützten Gebäuden
Vorlage: VII/2022/04529 **ABGESETZT**
- 8.9. Antrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP): Kinderschutz im sozialen Netzwerk fängt auf dem Spielplatz an
Vorlage: VII/2022/04531
9. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 9.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Berufung eines sachkundigen Einwohners

Vorlage: VII/2022/04973

- 9.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) : "Förderung der Örtlichen Jugendarbeit sichern- Schulsozialarbeit in Landesprogramm überführen"
Vorlage: VII/2022/04974
- 9.3. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Aufbau eines Energiemanagementsystems
Vorlage: VII/2022/04994
- 9.4. Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Erstellung einer Potenzialanalyse zur Nutzung von Abwärme von Rechenzentren
Vorlage: VII/2022/04991
- 9.5. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Berufung eines sachkundigen Einwohners
Vorlage: VII/2022/04980
10. Mitteilungen
- 10.1. Berichterstattung Bauprojekte
Vorlage: VII/2022/04866 **ABGESETZT**
- 10.2. Prüfergebnis zum Einsatz von fahrradsicheren Systemen in Straßenbahngleisen
Vorlage: VII/2022/04875 **ABGESETZT**
- 10.3. Bericht über Maßnahmen zur Umsetzung der Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) in den Jahren 2018 bis 2021
Vorlage: VII/2022/04765 **ABGESETZT**
- 10.4. Investitions-und Finanzierungsplan 2023-2027 zum Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2018
Vorlage: VII/2022/05051 **ABGESETZT**
11. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 11.1. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu Reparaturangeboten in Halle (Saale)
Vorlage: VII/2022/04972
- 11.2. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu Hilfsangeboten für wohnungslose Menschen
Vorlage: VII/2022/04986
- 11.3. Anfrage der CDU-Fraktion zu Einbrüchen in städtische Liegenschaften
Vorlage: VII/2022/04731
- 11.4. Anfrage der CDU-Fraktion zur Umsetzung der Erhaltungssatzung für das Gesundbrunnenviertel
Vorlage: VII/2022/04967
- 11.5. Anfrage der CDU-Fraktion zum Stellenplan
Vorlage: VII/2022/04968
- 11.6. Anfrage der CDU-Fraktion zur HAVAG

Vorlage: VII/2022/04969

- 11.7. Anfrage der CDU-Fraktion zum Ausfall von Lichtsignalanlagen im Stadtgebiet
Vorlage: VII/2022/04970
- 11.8. Anfrage der Stadträtin Claudia Schmidt zu Inobhutnahmestellen
Vorlage: VII/2022/04995
- 11.9. Anfrage des Stadtrates Johannes Streckenbach (CDU-Fraktion) zum Hochwasserschutz
Vorlage: VII/2022/04971
- 11.10. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Hol- und Bringezonen im Umfeld von Schulen
Vorlage: VII/2022/04992
- 11.11. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Winterdienst auf Radwegen
Vorlage: VII/2022/04993
- 11.12. Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zu Ampelschaltungen in der Stadt Halle
Vorlage: VII/2022/04849
- 11.13. Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zu „Grünen Wellen“ in Halle (Nachfrage)
Vorlage: VII/2022/04850
- 11.14. Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zur Aus- und Überlastung der Kapazitäten des Tierheimes der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2022/04961
- 11.15. Anfrage der AfD- Stadtratsfraktion zur Entwicklung der öffentlich zugänglichen Infrastruktur für Elektro-Mobilität in der Stadt Halle
Vorlage: VII/2022/04962
- 11.16. Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zur Umsetzung muslimischer Bestattungsanforderungen in der Stadt Halle
Vorlage: VII/2022/04965
- 11.17. Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zur Höhe des Fördervolumens für Baumpatenschaften im Haushalt 2023
Vorlage: VII/2022/04966
- 11.18. Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Baumpflege
Vorlage: VII/2022/04739
- 11.19. Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Umsetzung des Verwaltungsauftrages aus Punkt 4.3.1 des Wohnungspolitischen Konzeptes der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2022/04845
- 11.20. Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI: Spielt Halle barrierefrei?
Vorlage: VII/2022/04989
- 11.21. Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI: Macht IT-Sicherheit in Halle Schule?
Vorlage: VII/2022/04990

- 11.22. Anfrage der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zu Einnahmen und Kosten durch Park-Apps
Vorlage: VII/2022/04983
- 11.23. Anfrage der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zu durch den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung vorgenommenen Vergaben
Vorlage: VII/2022/04984
- 11.24. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Umsetzungsstand „Rauchfreie Haltestellen“
Vorlage: VII/2022/04960
- 11.25. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Bereitstellung von Trinkwasser im öffentlichen Raum
Vorlage: VII/2022/04963
- 11.26. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Straße Am Burgberg in Reideburg
Vorlage: VII/2022/04976
- 11.27. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Ausländerbehörde
Vorlage: VII/2022/04978
- 11.28. Anfrage der SPD-Fraktion Halle (Saale) zum Städteranking 2022 der Wirtschaftswoche
Vorlage: VII/2022/04979
12. Anregungen
- 12.1. Anregung der Stadträtin Dr. Inés Brock-Harder (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Einrichtung einer Telefonhotline für Eltern, Jugendliche und junge Erwachsene zum Thema Jugendkriminalität
Vorlage: VII/2022/04987 **ABGESETZT**
- 12.2. Anregung der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zu einer digitalen Hundemarke
Vorlage: VII/2022/04988 **ABGESETZT**
- 12.3. Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu einem Fußgängerüberweg in der Ankerstraße
Vorlage: VII/2022/04964 **ABGESETZT**
- 12.4. Anregung der SPD-Fraktion Halle (Saale) für eine Hundewiese am Grünen Feld
Vorlage: VII/2022/04975 **ABGESETZT**
- 12.5. Anregung der SPD-Fraktion Halle (Saale) zum Radweg in der Elsa-Brändström-Straße
Vorlage: VII/2022/04977 **ABGESETZT**
13. Anträge auf Akteneinsicht
- 13.1. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion auf Akteneinsicht zum Vergabeverfahren DLZ Klima-201-L-01/2022 „Smarte Akteursnetzungsplattform“
Vorlage: VII/2022/05074 **ABGESETZT**
- 13.2. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) auf Akteneinsicht zur Schneeräumung der HWS
Vorlage: VII/2022/05075 **ABGESETZT**

Nicht öffentlicher Teil

14. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
- 14.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 26.10.2022
- 14.2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 23.11.2022
15. Bericht des Oberbürgermeisters
16. Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters
17. Beschlussvorlagen
- 17.1. Vergabebeschluss: FB 53-L-27/2022: Rahmenvereinbarung über die Bereitstellung von Personal zur Sicherstellung des Impfzentrums und der mobilen Impfteams der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2022/04692
- 17.2. Vergabebeschluss: FB 61-L-05/2022: Quartiermanagement Halle-Neustadt in den Jahren 2023 bis 2025
Vorlage: VII/2022/04634
- 17.3. Vergabebeschluss: FB 66-B-2022-006 - Stadt Halle (Saale) - Servicevertrag 2023 bis 2025 für Lichtsignalanlagen, Verkehrsrechner und dynamisches Parkleitsystem in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2022/04778
- 17.4. Erweiterung Ausbau des Tochter- und Beteiligungsmodells der EVH GmbH zur Errichtung und des Betriebes von Erzeugungsanlagen aus regenerativen Energien (Erweiterung EVH-Grüne-Energie-Gruppe)
Vorlage: VII/2022/04880
- 17.5. Befristete Niederschlagung
Vorlage: VII/2022/04892
- 17.6. Erweiterung des Erbbaurechtsvertrags UR-Nr. 1657/1999 vom 15.09.1999 i.V.m. UR-Nr. 1178/2002 vom 04.09.2002 sowie UR-Nr. 705/2006 vom 26.06.2006 um ein kommunales Grundstück, Verlängerung sowie Belastung des Erbbaurechts mit Grundschulden
Vorlage: VII/2022/04862
18. Wiedervorlage
19. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 19.1. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Prüfung einer Pflichtverletzung
Vorlage: VII/2022/04982
20. Mitteilungen

- 20.1. Wahrnehmung des Vorkaufsrechts der Stadt Halle (Saale) bei Grundstücksverkäufen
Dritter (Stadtratsbeschluss VI/2019/04757 vom 29.05.2019)
Vorlage: VII/2022/05041 **ABGESETZT**
- 20.2. Information zur Museumsnacht Halle & Leipzig 2022
Vorlage: VII/2022/05021 **ABGESETZT**
21. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 21.1. Anfrage des Stadtrates Johannes Menke zur Antwort der Verwaltung hinsichtlich einer
Personalie
Vorlage: VII/2022/04981
22. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

zu 3.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 26.10.2022

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 26.10.2022.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 3.2 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 23.11.2022

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 23.11.2022.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

**zu 4.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 23.11.2022
Vorlage: VII/2022/05057**

Frau Müller sagte, dass die in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 23.11.2022 vor dem Sitzungssaal ausgegangen und somit bekanntgeben sind.

zu 5 Bericht des Oberbürgermeisters

Herr Bürgermeister Geier informierte über folgende Punkte:

- Hallescher Kunstpreis für Juraj Lipták
- Land fördert Eissport und Fußballzentrum
- Gedenken in der Dölauer Heide
- Stadt übergibt Ehrenamtskarten
- Fahrzeugflotte der Feuerwehr wird verjüngt
- Kinder schmücken Weihnachtsbäume
- Fördermittelübergabe am Weinberg
- Mittelstand-Digital-Zentrum startet
- Aula für die Friedlaender-Gesamtschule
- Grundsteinlegung am Max-Planck-Institut
- Aufruf zu Smart-City-Projekten
- Neuer mobiler Hochwasserschutz
- Aktuelle Corona-Situation

Anmerkung: Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.
zu 6 Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

Herr Streckenbach bezog sich auf die Ausführungen zum Hochwasserschutz in Planena. Er bat um Erklärung hinsichtlich des Widerspruches auf die Antwort zur schriftlichen Nachfrage, dass es keinen Hochwasserschutz für den Stadtteil Planena geben wird. Er fragte weiterhin, warum die neu angeschafften mobilen Hochwasserschutzanlagen für den Süden der Stadt nicht geeignet sind.

Herr Rebenstorf antwortete, die zur Bereitstellung der Antwort die tatsächliche Lieferung des Hochwasserschutzsystems noch nicht erfolgt ist.

Herr Heinrich bezog sich auf die 3. Wache und fragte, wann diese mit entsprechendem Personal ausgestattet sein wird, um voll betriebsfähig zu sein. Er fragte weiterhin, ob in der Zwischenzeit Personal abgeordnet wird, damit die 3. Wache arbeiten kann.

Herr Teschner sagte, dass die Wache unmittelbar nach Fertigstellung in Betrieb gehen wird. Er sagte, dass das Personal für die 3. Wache selber ausgebildet wurde und zur Verfügung steht. Der Dienstbetrieb in der Leitstelle für Feuerwehr und Rettungsdienst wurde auf den 24 Stunden Dienst umgestellt. Der daraus entstandene Personalmehrbedarf wird derzeit durch das Personal, welches für die 3. Wache vorgesehen ist, gedeckt. Die Stellenausschreibungen für das notwendige zusätzliche Personal sind erfolgt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 7 Beschlussvorlagen

zu 7.1 Haushaltskonsolidierungskonzept ab dem Haushaltsjahr 2023 und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2023 sowie den Beteiligungsbericht 2021
Vorlage: VII/2022/04604

zu 7.1.1 Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Ulrike Wünscher (CDU-Fraktion) zur Beschlussvorlage Haushaltskonsolidierungskonzept ab dem Haushaltsjahr 2023 und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2023 sowie den Beteiligungsbericht 2021 (VII/2022/04604)
Vorlage: VII/2022/04818

zu 7.1.7 Änderungsantrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zum Haushaltskonsolidierungskonzept ab dem Haushaltsjahr 2023 und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2023 sowie den Beteiligungsbericht 2021
Vorlage: VII/2022/04910

zu 7.1.9 Änderungsantrag der Fraktionen MitBürger & Die PARTEI, SPD, Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zum Haushaltskonsolidierungskonzept ab dem Haushaltsjahr 2023 und

**Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2023 sowie den
Beteiligungsbericht 2021
Vorlage: VII/2022/05038**

Frau Müller wies daraufhin, dass jeder Fraktion ein Zeitfenster von fünf Minuten für ihre Haushaltsrede zur Verfügung steht. Nacheinander wurden die Haushaltsreden von einem Vertreter der Fraktionen gehalten.

Anmerkung: Die Haushaltsreden der Fraktionen DIE LINKE, CDU, Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, AfD, Hauptsache Halle & Freie Wähler, Mitbürger & DIE PARTEI und FDP sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Eigendorf hielt für seine Fraktion ebenfalls eine Haushaltsrede:

„Das Jahr, das in wenigen Tagen hinter uns liegt, ist, ohne Zweifel, ein historisches Jahr, vor allem auch, weil es vieles, was für uns lange als selbstverständlich galt, in den letzten Monaten in Frage gestellt hat. Auch heute noch beschäftigen uns die Folgen der Corona-Pandemie, die Folgen des Ukraine-Krieges, die Energiekrise und die Inflation. Uns allen in dieser Stadt hat diese Zeit viel abverlangt, uns persönlich aber auch hier in unserer Rolle als Mitglieder des Stadtrates. Das hat sich nicht zuletzt gezeigt in den vergangenen Wochen und Monaten während der Beratungen des Haushaltes und des Haushaltskonsolidierungskonzeptes für das kommende Jahr.

Uns als SPD-Fraktion war dabei immer klar, dass es drei Vorschläge im Verwaltungspapier gibt, die wir unter keinen Umständen mittragen können. Das waren die Erhöhungen der Grundsteuer sowie die Kürzung im Kultur- und Sportbereich.

Wir sind auch weiterhin der festen Überzeugung, dass gerade diese Kürzungen in der schwierigen Lage, in der wir uns befinden, die Situation für viele Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt noch weiter verschärfen würde. Unsere Überzeugung ist, dass wir in der Krise gerade dort investieren müssen, wo wir Bürgerinnen und Bürgern helfen können, ja, helfen müssen. Und dieses Grundansinnen war aus unserer Sicht mit dem vorliegenden Vorschlag nicht vereinbar.

Daher haben wir uns mit den anderen Fraktionen in den vergangenen fast drei Monaten zusammengesetzt und lange und vor allem hart in der Sache diskutiert und haben versucht, einen Kompromiss zu finden. Heute können wir diesen Kompromiss vorlegen und er ist in der Gestalt, dass wir als SPD-Fraktion sagen können, wir tragen diesen Kompromiss mit und wir tragen den in dieser Form geänderten Haushalt mit. Wir waren dabei vor allem getrieben von dem Willen zum Wohle unserer Stadt zu wirken, weil wir gerade wissen, was es bedeutet, wenn die Stadt ohne einen genehmigten Haushalt arbeiten muss.

Ich möchte an dieser Stelle auch ausdrücklich danken den beteiligten Fraktionen, der Stadtverwaltung, für die kritisch-konstruktive Begleitung und ganz speziell möchte ich auch den Kollegen Tom Wolter danken. Lieber Tom, Du warst in den Diskussionen gerade an den Punkten, an denen wir nicht gerade nah beieinander waren immer der, der davon überzeugt war, dass wir einen Kompromiss finden können, dass wir zusammen arbeiten können, dass wir zusammen eine Lösung finden. Die liegt heute vor und das ist auch mit dein Verdienst. Dafür vielen Dank.

Der Kompromiss, der jetzt vorliegt, zeigt, dass wir lange gerungen haben über das Wie, nicht über das Ob. Auch noch mal für das Landesverwaltungsamt ausdrücklich gesagt, die ja sehr interessierte Zuhörerinnen und Zuhörer unserer Stadtratssitzung sind, es ging ausdrücklich um die Frage des Wies. Über das Ob der Konsolidierung sind wir uns in diesem Haus

mittlerweile einig.

Unserem Vorschlag liegt zu Grunde, dass wir eine Möglichkeit nutzen, die, auch wenn einigen anderen Kollegen der Glaube noch fehlt, belegt es, durch tatsächliche Entwicklung. Wir haben das vor einigen Jahren in diesen Größenordnungen noch nicht geglaubt aber die Gewerbesteuererinnahmen der Stadt, sie steigen. Und sie steigen nicht, weil wir zum Beispiel die Gewerbesteuer erhöht haben, nein, sie steigen, weil die positive Entwicklung, für die wir vor vielen Jahren die Grundlage gesetzt haben, sich jetzt bemerkbar macht und sie gibt uns an dieser Stelle eben auch die Spielräume, die wir nutzen wollen.

Uns ist aber auch klar, dass mit der Nutzung dieser Spielräume auch eine Pflicht einhergeht. Die Pflicht, diese wirtschaftliche Entwicklung weiter zu fördern kommt dabei ohne Zweifel ganz voran. Das ist eine Entwicklung, über die wir uns alle freuen können. Es ist aber lange noch nicht selbstverständlich, dass es an dieser Stelle hier so weitergeht. Gerade in der schwierigen Lage, in der wir uns befinden, müssen wir weiter hier im Stadtrat unseren Beitrag dazu leisten, dass die wirtschaftliche Entwicklung sich weiter so positiv fortsetzt, dass wir als Stadtrat die Möglichkeit haben dadurch Spielräume zu gewinnen.

Und, es muss auch darum gehen, die Konsolidierung in den kommenden Wochen und Monaten zu begleiten. Das ist kein Selbstläufer, was wir hier heute vorlegen und damit sind auch nicht alle Probleme gelöst und gerade dieses Jahr hat uns gezeigt, dass wir vielleicht auf das ein oder andere Problem stoßen werden, was wir uns heute so noch gar nicht vorstellen können. Deswegen ist es wichtig, hier weiter zu arbeiten.

Der Pflicht können wir nur nachkommen, wenn wir heute den ersten Schritt gehen und lieber Kollege Scholtyssek, ich habe das positiv zur Kenntnis genommen, dass Sie gesagt haben, Sie werden sich zu mindestens enthalten, um hier an dieser Stelle den Kompromiss nicht im Wege zu stehen. Auch Sie kennen die Probleme, die wir haben, wenn wir keinen Haushalt haben. Aber trotzdem muss ich ehrlich sagen, dass ich mir auch von Ihrer Fraktion noch mehr wünsche in den kommenden Monaten. Es ist völlig klar, dass in der aktuellen Lage hier mit fünf Minuten die Zeit ohne Zweifel etwas kurz ist. Sie hatten im übrigen aber drei Monate Zeit, sich eine Meinung zu bilden und die auch kundzutun und mit Vorschlägen zu untersetzen. Das kann man ja alles besser machen, das ist ein Vorsatz für das kommende Jahr, deswegen die Bitte, in welchen Gremien wir auch immer zusammenarbeiten an der Fortentwicklung dieses Konsolidierungskonzeptes, bitte beteiligen Sie sich mehr als das in diesem Jahr der Fall war, denn die Aufgaben, die vor uns liegen, sind nicht ohne.

Wir müssen weiterhin für bezahlbare Mieten in der Stadt kämpfen, der Klimawandel steht vor der Tür und gerade die letzten Wochen und Monate haben uns gezeigt, wie wichtig ist es, dass wir gerade durch erneuerbare Energien unabhängig werden. Deswegen bitte ich Sie, stimmen Sie dem Änderungsantrag zu, stimmen Sie dem Haushalt zu und lassen Sie uns dann zusammen weiterarbeiten. Vielen Dank.“

Herr Bürgermeister Geier fasste die Diskussionen der vergangenen Wochen und Monate zusammen.

Herr Heinrich sagte, dass die Verwaltung gefühlt 100 Stellen zur Bewältigung der Armutzuwanderung schaffen möchte. Diese sollen mit der Erhöhung der Grundsteuer gegenfinanziert werden. Er sagte, dass zur Kenntnis genommen werden sollte, dass nicht ewig Armut und Ausländerkriminalität aus der dritten Welt aufgenommen werden kann, da so den Bürgern das Leben schwerer und gefährlicher gemacht wird.

Frau Dr. Wünscher brachte ihren Änderungsantrag unter dem Tagesordnungspunkt 7.1.1 ein und warb um Zustimmung.

Herr Scholtyssek beantrage Einzelpunktabstimmung beim Tagesordnungspunkt 7.1.9.

Herr Wolter sagte, das Beschlusspunkt 3 in Buchstaben unterteilt ist. Diese Maßnahmen bedingen einander. Er bat darum, Einzelpunktabstimmung der Beschlusspunkte vorzunehmen, nicht aber der Unterpunkte beim Beschlusspunkt 3.

Herr Schreyer sagte, dass gemäß der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse ein Verlangen für eine Einzelpunktabstimmung ausreichend ist. Dieses Verlangen wurde von Herrn Scholtyssek zum Ausdruck gebracht. Das Kundtun einer gegensätzlichen Meinung ist möglich, kann aber das Verlangen auf Einzelpunktabstimmung nicht aufheben.

Frau Müller ging in das Abstimmungsverfahren über.

**zu 7.1.9 Änderungsantrag der Fraktionen MitBürger & Die PARTEI, SPD, Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zum Haushaltskonsolidierungskonzept ab dem Haushaltsjahr 2023 und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2023 sowie den Beteiligungsbericht 2021
Vorlage: VII/2022/05038**

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Einzelpunktabstimmung
	<i>Pkt 1 mehrheitlich zugestimmt 40 Ja / 4 Nein / 2 Enthaltungen</i>
	<i>Pkt 2 mehrheitlich zugestimmt 42 Ja / 3 Nein / 2 Enthaltungen</i>
	<i>Pkt 3a mehrheitlich zugestimmt 33 Ja / 12 Nein / 2 Enthaltungen</i>
	<i>Pkt 3b mehrheitlich zugestimmt 33 Ja / 12 Nein / 2 Enthaltungen</i>
	<i>Pkt 3c mehrheitlich zugestimmt 44 Ja / 1 Nein / 2 Enthaltungen</i>
	<i>Pkt 3d mehrheitlich zugestimmt 41 Ja / 2 Nein / 4 Enthaltungen</i>
	<i>Pkt 3e mehrheitlich zugestimmt 33 Ja / 10 Nein / 4 Enthaltungen</i>
	<i>Pkt 3f mehrheitlich zugestimmt 33 Ja / 12 Nein / 2 Enthaltungen</i>
	<i>Pkt 3g mehrheitlich zugestimmt 32 Ja / 9 Nein / 5 Enthaltungen</i>
	<i>Pkt 3h mehrheitlich zugestimmt 33 Ja / 10 Nein / 4 Enthaltungen</i>

<i>Pkt 3i</i>	<i>mehrheitlich zugestimmt 33 Ja / 11 Nein / 3 Enthaltungen</i>
<i>Pkt 3j</i>	<i>mehrheitlich zugestimmt 32 Ja / 9 Nein / 5 Enthaltungen</i>
<i>Pkt 3k</i>	<i>mehrheitlich zugestimmt 40 Ja / 3 Nein / 3 Enthaltungen</i>
<i>Pkt 3l</i>	<i>mehrheitlich zugestimmt 41 Ja / 2 Nein / 4 Enthaltungen</i>
<i>Pkt 3m</i>	<i>mehrheitlich zugestimmt 32 Ja / 15 Nein / 0 Enthaltungen</i>
<i>Pkt 3n</i>	<i>mehrheitlich zugestimmt 33 Ja / 10 Nein / 3 Enthaltungen</i>
<i>Pkt 3o</i>	<i>mehrheitlich zugestimmt 33 Ja / 9 Nein / 4 Enthaltungen</i>
<i>Pkt 3p</i>	<i>mehrheitlich zugestimmt 33 Ja / 13 Nein / 1 Enthaltung</i>
<i>Pkt 3q</i>	<i>mehrheitlich zugestimmt 40 Ja / 4 Nein / 3 Enthaltungen</i>
<i>Pkt 3r</i>	<i>mehrheitlich zugestimmt 32 Ja / 11 Nein / 3 Enthaltungen</i>
<i>Pkt 3s</i>	<i>mehrheitlich zugestimmt 41 Ja / 2 Nein / 3 Enthaltungen</i>
<i>Pkt 3t</i>	<i>mehrheitlich zugestimmt 33 Ja / 8 Nein / 4 Enthaltungen</i>
<i>Pkt 3u</i>	<i>mehrheitlich zugestimmt 33 Ja / 15 Nein / 2 Enthaltungen</i>
<i>Pkt 3v</i>	<i>mehrheitlich zugestimmt 30 Ja / 12 Nein / 2 Enthaltungen</i>
<i>Pkt 3w</i>	<i>mehrheitlich zugestimmt 33 Ja / 4 Nein / 8 Enthaltungen</i>
<i>Pkt 3x</i>	<i>mehrheitlich zugestimmt 32 Ja / 4 Nein / 8 Enthaltungen</i>
<i>Pkt 3y</i>	<i>mehrheitlich zugestimmt 38 Ja / 3 Nein / 5 Enthaltungen</i>
<i>Pkt 3z</i>	<i>mehrheitlich zugestimmt 31 Ja / 2 Nein / 11 Enthaltungen</i>

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt das Haushaltskonsolidierungskonzept 2023 mit den folgenden Änderungen der unter 3. aufgeführten Maßnahmen (2023 bis 2037 jährlich wirkend):

1.	Erhöhung des Ertrages aus der Gewerbesteuer (<u>abzgl. Mehraufwand Gewerbesteuerumlage</u>)	7.170.000 €
2.	Umstellung der Beitragssatzung für Kindertagesstätten	3.800.000 €
3.	Reduzierung Budget Fortbildung	400.000 €
4.	Reduzierung Budget Dienstreisen	130.000 €
Summe		11.500.000 €

Der Oberbürgermeister wird mit der Umsetzung des Konzeptes beauftragt. Finanzielle Auswirkungen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes sind in den Haushalt 2023 und in die Finanzplanung der Folgejahre einzustellen. Text und Zahlen sind auf den Seiten 35 – 37 und anderen entsprechend anzupassen.

2. Im Stellenplan 2023 werden 43 Stellen gemäß Anlage 1 gesperrt. Dem Stadtrat ist ein schlüssiger Nachweis über die gesteigerten Bedarfe vorzulegen. In der Folge entscheidet der Stadtrat monatlich über die Freigabe der neu zu schaffenden Stellen.
3. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2023 mit dem Haushaltsplan 2023 mit den sich aus Ziffer 2 ergebenden sowie folgenden weiteren Änderungen:
- a) Im Produkt 1.11112 übergreifende Personalmaßnahmen wird der Ansatz Personalaufwendungen für 2023 um 75.000 EUR und für die Jahre 2024 bis 2026 um jeweils 100.000 EUR erhöht.
 - b) Im Produkt 1.11115 Bürgerbeteiligung wird der Ansatz Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 60.000 EUR erhöht. Die zusätzlichen Mittel i. H. v. 60.000 EUR werden für die professionelle Übertragung der Stadtratssitzungen durch einen Dienstleister bereitgestellt.
 - c) Im Produkt 1.12201 Allgemeine Sicherheit und Ordnung werden die Erträge für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 555.000 EUR erhöht.
 - d) Im Produkt 1.25301 Zoologischer Garten (Transferleistung) wird der Ansatz Transferaufwendungen für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 100.000 EUR erhöht.
 - e) Im Produkt 1.28102 Pflege von Kunst und Kultur wird der Ansatz Transferaufwendungen für die Leistung 1.28102.01 Ein- und mehrjährige/institutionelle Förderung für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 176.250 EUR erhöht.
 - f) Im Produkt 1.31210 Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 SGB II wird der Ansatz für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 1.809.690 EUR gemindert.
 - g) Im Produkt 1.31151 Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und Hilfen in anderen Lebenslagen nach dem 8. und 9. Kapitel SGB XII/Leistung 1.31151.01 Pflichtleistungen freier Träger werden für die Jahre 2023 bis 2026 jeweils 21.700 EUR zusätzlich eingestellt.
 - h) Im Produkt 1.31220 Eingliederungsleistungen § 16a SGB II werden für die Jahre 2023 bis 2026 jeweils 77.700 EUR zusätzlich eingestellt.
 - i) Im Produkt 1.33101 Förderung der Wohlfahrtspflege: laufende Zuwendungen wird der Ansatz Transferaufwendungen für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 36.600 EUR erhöht.
 - j) Im Produkt 1.36201 Jugendarbeit wird der Ansatz Transferaufwendungen für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 300.000 EUR erhöht.

- k)** Im Produkt 1.41431 Suchtberatungsstellen wird der Ansatz Transferaufwendungen für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 43.000 EUR erhöht.
- l)** Im Produkt 1.42101 Sportförderung wird der Ansatz Transferaufwendungen für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 215.800 EUR erhöht.
- m)** Im Produkt 1.54101 Gemeindestraßen wird der Ansatz Aufwand für Sach- und Dienstleistungen für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 300.000 EUR gemindert.
- n)** Im Produkt 1.55101 Grünflächen und Parkanlagen wird der Ansatz Aufwand für Sach- und Dienstleistungen für die Pflege der Bäume und Ersatzpflanzungen für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 250.000 EUR erhöht.
- o)** Im Produkt 1.55101 Grünflächen und Parkeinrichtungen wird der Ansatz Aufwand für Sach- und Dienstleistungen als Ersatz für die Mindereinnahmen Bankpatenschaften für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 50.000 EUR erhöht.
- p)** Im Produkt 1.55402 Natur und Landschaft wird der Ansatz Personalaufwendungen für das Jahr 2023 um 75.000 EUR (Stellenbesetzung ab 01.04.2023) und für die Jahre 2024 bis 2026 um jeweils 100.000 EUR jeweils für die Jahre 2024 bis 2026 erhöht. Im Stellenplan werden 2,00 VZS „Sachbearbeiter/-in Baumschutz“ (E 9c) im Fachbereich Umwelt zusätzlich aufgenommen.
- q)** Im Produkt 1.55501 Wald-, Forst-, Jagd- und Landwirtschaft wird der Ansatz Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen für die Bewirtschaftung und Pflege des Waldes für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 25.000 EUR erhöht.
- r)** Im Produkt 1.61101 Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen wird der Ansatz für Gewerbesteuern für die Jahre 2023 bis 2026 jeweils um 7.491.380,21 EUR erhöht.
- s)** Im Produkt 1.61101 Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen wird der Ansatz für Transferaufwendungen für die Jahre 2023 bis 2026 jeweils um -321.380,21 EUR erhöht.
- t)** Im Produkt 1.61101 Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen wird der Ansatz für die Grundsteuer B für die Jahre 2023 bis 2026 jeweils um 10.445.000 EUR und für die Hundesteuer für die Jahre 2023 bis 2026 jeweils um 192.620 EUR gemindert.
- u)** Die neu geschaffene 1,00 VZS Förster/in im Fachbereich Umwelt wird im Stellenplan mit der Entgeltgruppe E 11 dargestellt.
- v)** Die 4 neu geschaffenen Stellen „Gärtner/-in Grünflächen“ mit der Entgeltgruppe E 5 im Teilplan 23_2_670 werden im Fachbereich Umwelt der Abteilung Friedhöfe zugeordnet.
- w)** Im Investitionsprogramm 2023-2025 werden die Fördermittelprojekte 8.51121016 „Cantors Garten“ und 8.51121017 „Reichardts Garten“ zugunsten eines neuen Projektes „Umsetzung Begrünungskonzept Altstadt“ gestrichen. Für das neue Fördermittelprojekt werden demnach folgende Ein- und Auszahlungen veranschlagt:
 - Jahr 2023 – Einzahlungen: 278.500 EUR + Auszahlungen 327.600 EUR
 - Jahr 2024 – Einzahlungen: 0 EUR + Auszahlungen: 346.900 EUR
 - Jahr 2025 – Einzahlungen: 2.287.800 EUR + Auszahlungen: 2.344.600 EUR
- x)** Im Produkt 8.52101002 Stellplatzablöse wird der Ansatz Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 40.000 EUR auf 50.000 EUR erhöht. Davon werden 20.000 EUR zusätzlich für das Produkt 8.54602011 Parkeinrichtungen- Fahrradbügel etc. im Ansatz Auszahlungen für Baumaßnahmen zur Verfügung gestellt.
- y)** Im Investitionsplan werden zusätzlich 20.000 EUR für Planungsleistungen zur Einrichtung einer behindertengerechten Toilette in der Sternstraße/Kleiner Berlin zur Verfügung gestellt.
- z)** Im Teilfinanzplan 23_3_240 FB Immobilien wird Ansatz Veräußerung von Grundstücken, Gebäuden und Infrastrukturvermögen um 20.000 EUR erhöht.

4. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2021 zur Kenntnis.

zu 7.1.7 **Änderungsantrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zum Haushaltskonsolidierungskonzept ab dem Haushaltsjahr 2023 und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2023 sowie den Beteiligungsbericht 2021**
Vorlage: VII/2022/04910

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
8 Ja / 33 Nein / 5 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

1. Die Stelle „Referent/-in für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung“ in der Anlage zum Teilplan 23_0_010 bleibt bestehen. Es erfolgt keine Umorganisation zur Stelle „Kordinator/-in Haushaltskonsolidierung“ in der Anlage zum Teilplan 23_1_200.
2. Eine Stelle „Kordinator/-in zur Stärkung kommunaler Integrationsarbeit“ in der Anlage zum Teilplan 23_0_802 wird gestrichen.
3. Es werden zwei Stellen „Gärtner/-in Grünflächen“ in der Anlage zum Teilplan 23_2_670 geschaffen, nicht vier.
4. Es werden drei Stellen „Personalentwicklungsstellen Beamte (Stadtsekretär/-in)“ in der Anlage zum Teilplan 23_1_110 geschaffen, nicht vier.
5. **Die drei neuen Stellen „Umzugs- und Betreuungsmanager/-in“ in der Anlage zum Teilplan 23_0_820 mit dem Vermerk „Ukraine“ werden auf zwei Jahre befristet**
6. **Folgende neue Stellen in der Anlage zum Teilplan 23_1_330 mit dem Vermerk „Ukraine“ werden befristet:**
Eine neue Stelle „Teamleiter/-in Einreise und Aufenthalt“ in der Anlage zum Teilplan 23_1_330 mit dem Vermerk „Ukraine“ auf zwei Jahre
Die neue Stelle Sachbearbeiter/-in BÜS auf ein Jahr
Die neue Stelle Sachbearbeiter/-in Fachverfahren/Dokumentenprüfung Ukraine auf zwei Jahre
Die neue Stelle Sachbearbeiter/-in Vorgangsbearbeitung/BackOffice auf zwei Jahre
7. **Es werden vier statt sieben neuen Stellen „Sachbearbeiter/-in Einreise und Aufenthalt“ in der Anlage zum Teilplan 23_1_330 mit dem Vermerk „Ukraine“ geschaffen.**
Diese vier neuen Stellen „Sachbearbeiter/-in Einreise und Aufenthalt“ in der Anlage zum Teilplan 23_1_330 mit dem Vermerk „Ukraine“ werden befristet auf zwei Jahre
8. **Folgende neue Stellen in der Anlage zum Teilplan 23_4_500 mit dem Vermerk „Ukraine“ werden befristet:**
Die drei neuen Stellen Sachbearbeiter/-in Eingliederungshilfe auf zwei Jahre
Zwei neue Stellen Sachbearbeiter/-in Grundsicherung auf zwei Jahre
Die neue Stelle Sachbearbeiter Mietbuchhaltung/Betriebskostenabrechnung IGW auf zwei Jahre
Die neue Stelle Sachbearbeiter/-in Wohnungsbereitstellung Asyl auf zwei Jahre
Die zwei neuen Stellen Sachbearbeiter/-in Krankenhilfe Asyl auf zwei Jahre

9. Es werden nur drei, statt fünf neue Stellen Sachbearbeiter/-in HLU/Asyl (E9b) in der Anlage zum Teilplan 23_4_500 mit dem Vermerk „Ukraine“ geschaffen. Diese drei neue Stellen Sachbearbeiter/-in HLU/Asyl (E9b) in der Anlage zum Teilplan 23_4_500 mit dem Vermerk „Ukraine“ werden befristet auf zwei Jahre.
10. Es werden nur drei statt fünf weitere Stellen Sachbearbeiter/-in HLU/Asyl (E9a) in der Anlage zum Teilplan 23_4_500 mit dem Vermerk „Ukraine“ geschaffen. Diese drei Stellen Sachbearbeiter/-in HLU/Asyl (E9a) in der Anlage zum Teilplan 23_4_500 mit dem Vermerk „Ukraine“ werden befristet auf zwei Jahre.
11. Die sechs neuen Stellen Schulsekretär/-in in der Anlage zum Teilplan 23_4_510 mit dem Vermerk „Ukraine“ werden auf zwei Jahre befristet.
12. Die fünf der dreizehn neuen Stellen „Sachbearbeiter/-in Wohngeld“ in der Anlage zum Teilplan 23_4_500 werden auf zwei Jahre befristet.
13. Die freiwerdenden Gelder werden zur Tilgung von Liquiditätskrediten eingesetzt.

zu 7.1.1 **Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Ulrike Wünscher (CDU-Fraktion) zur Beschlussvorlage Haushaltskonsolidierungskonzept ab dem Haushaltsjahr 2023 und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2023 sowie den Beteiligungsbericht 2021 (VII/2022/04604)**
 Vorlage: VII/2022/04818

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
 29 Ja / 7 Nein / 10 Enthaltungen

Beschluss:

In der Anlage zum Teilplan 23_1_110 – Transferpersonal (S. 1327) wird der kw-Vermerk zur Stelle: Mitarbeiter/-in Chorkleidung/Ausstattung gestrichen.

Diese Stelle wird zukünftig im Stellenplan Stadtsingechor (Anlage zum Teilplan 23_3_444 / S. 1350) geführt.

zu 7.1 **Haushaltskonsolidierungskonzept ab dem Haushaltsjahr 2023 und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2023 sowie den Beteiligungsbericht 2021**
 Vorlage: VII/2022/04604

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
 32 Ja / 6 Nein / 8 Enthaltungen

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt das Haushaltskonsolidierungskonzept 2023 mit den folgenden Änderungen der unter 3. aufgeführten Maßnahmen (2023 bis 2037 jährlich wirkend):

1.	Erhöhung des Ertrages aus der Gewerbesteuer (abzgl.	7.170.000 €
----	---	-------------

	<u>Mehraufwand Gewerbesteuerumlage)</u>	
2.	Umstellung der Beitragssatzung für Kindertagesstätten	3.800.000 €
3.	Reduzierung Budget Fortbildung	400.000 €
4.	Reduzierung Budget Dienstreisen	130.000 €
Summe		11.500.000 €

Der Oberbürgermeister wird mit der Umsetzung des Konzeptes beauftragt. Finanzielle Auswirkungen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes sind in den Haushalt 2023 und in die Finanzplanung der Folgejahre einzustellen. Text und Zahlen sind auf den Seiten 35 – 37 und anderen entsprechend anzupassen.

2. Im Stellenplan 2023 werden 43 Stellen gemäß Anlage 1 gesperrt. Dem Stadtrat ist ein schlüssiger Nachweis über die gesteigerten Bedarfe vorzulegen. In der Folge entscheidet der Stadtrat monatlich über die Freigabe der neu zu schaffenden Stellen.
3. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2023 mit dem Haushaltsplan 2023 mit den sich aus Ziffer 2 ergebenden sowie folgenden weiteren Änderungen:
 - a) Im Produkt 1.11112 übergreifende Personalmaßnahmen wird der Ansatz Personalaufwendungen für 2023 um 75.000 EUR und für die Jahre 2024 bis 2026 um jeweils 100.000 EUR erhöht.
 - b) Im Produkt 1.11115 Bürgerbeteiligung wird der Ansatz Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 60.000 EUR erhöht. Die zusätzlichen Mittel i. H. v. 60.000 EUR werden für die professionelle Übertragung der Stadtratssitzungen durch einen Dienstleister bereitgestellt.
 - c) Im Produkt 1.12201 Allgemeine Sicherheit und Ordnung werden die Erträge für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 555.000 EUR erhöht.
 - d) Im Produkt 1.25301 Zoologischer Garten (Transferleistung) wird der Ansatz Transferaufwendungen für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 100.000 EUR erhöht.
 - e) Im Produkt 1.28102 Pflege von Kunst und Kultur wird der Ansatz Transferaufwendungen für die Leistung 1.28102.01 Ein- und mehrjährige/institutionelle Förderung für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 176.250 EUR erhöht.
 - f) Im Produkt 1.31210 Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 SGB II wird der Ansatz für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 1.809.690 EUR gemindert.
 - g) Im Produkt 1.31151 Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und Hilfen in anderen Lebenslagen nach dem 8. und 9. Kapitel SGB XII/Leistung 1.31151.01 Pflichtleistungen freier Träger werden für die Jahre 2023 bis 2026 jeweils 21.700 EUR zusätzlich eingestellt.
 - h) Im Produkt 1.31220 Eingliederungsleistungen § 16a SGB II werden für die Jahre 2023 bis 2026 jeweils 77.700 EUR zusätzlich eingestellt.
 - i) Im Produkt 1.33101 Förderung der Wohlfahrtspflege: laufende Zuwendungen wird der Ansatz Transferaufwendungen für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 36.600 EUR erhöht.
 - j) Im Produkt 1.36201 Jugendarbeit wird der Ansatz Transferaufwendungen für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 300.000 EUR erhöht.
 - k) Im Produkt 1.41431 Suchtberatungsstellen wird der Ansatz Transferaufwendungen für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 43.000 EUR erhöht.
 - l) Im Produkt 1.42101 Sportförderung wird der Ansatz Transferaufwendungen für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 215.800 EUR erhöht.
 - m) Im Produkt 1.54101 Gemeindestraßen wird der Ansatz Aufwand für Sach- und Dienstleistungen für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 300.000 EUR gemindert.
 - n) Im Produkt 1.55101 Grünflächen und Parkanlagen wird der Ansatz Aufwand für Sach- und Dienstleistungen für die Pflege der Bäume und Ersatzpflanzungen für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 250.000 EUR erhöht.

- o) Im Produkt 1.55101 Grünflächen und Parkeinrichtungen wird der Ansatz Aufwand für Sach- und Dienstleistungen als Ersatz für die Mindereinnahmen Bankpatenschaften für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 50.000 EUR erhöht.
 - p) Im Produkt 1.55402 Natur und Landschaft wird der Ansatz Personalaufwendungen für das Jahr 2023 um 75.000 EUR (Stellenbesetzung ab 01.04.2023) und für die Jahre 2024 bis 2026 um jeweils 100.000 EUR jeweils für die Jahre 2024 bis 2026 erhöht. Im Stellenplan werden 2,00 VZS „Sachbearbeiter/-in Baumschutz“ (E 9c) im Fachbereich Umwelt zusätzlich aufgenommen.
 - q) Im Produkt 1.55501 Wald-, Forst-, Jagd- und Landwirtschaft wird der Ansatz Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen für die Bewirtschaftung und Pflege des Waldes für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 25.000 EUR erhöht.
 - r) Im Produkt 1.61101 Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen wird der Ansatz für Gewerbesteuern für die Jahre 2023 bis 2026 jeweils um 7.491.380,21 EUR erhöht.
 - s) Im Produkt 1.61101 Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen wird der Ansatz für Transferaufwendungen für die Jahre 2023 bis 2026 jeweils um –321.380,21 EUR erhöht.
 - t) Im Produkt 1.61101 Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen wird der Ansatz für die Grundsteuer B für die Jahre 2023 bis 2026 jeweils um 10.445.000 EUR und für die Hundesteuer für die Jahre 2023 bis 2026 jeweils um 192.620 EUR gemindert.
 - u) Die neu geschaffene 1,00 VZS Förster/in im Fachbereich Umwelt wird im Stellenplan mit der Entgeltgruppe E 11 dargestellt.
 - v) Die 4 neu geschaffenen Stellen „Gärtner/-in Grünflächen“ mit der Entgeltgruppe E 5 im Teilplan 23_2_670 werden im Fachbereich Umwelt der Abteilung Friedhöfe zugeordnet.
 - w) Im Investitionsprogramm 2023-2025 werden die Fördermittelprojekte 8.51121016 „Cantors Garten“ und 8.51121017 „Reichardts Garten“ zugunsten eines neuen Projektes „Umsetzung Begrünungskonzept Altstadt“ gestrichen. Für das neue Fördermittelprojekt werden demnach folgende Ein- und Auszahlungen veranschlagt:
 - Jahr 2023 – Einzahlungen: 278.500 EUR + Auszahlungen 327.600 EUR
 - Jahr 2024 – Einzahlungen: 0 EUR + Auszahlungen: 346.900 EUR
 - Jahr 2025 – Einzahlungen: 2.287.800 EUR + Auszahlungen: 2.344.600 EUR
 - x) Im Produkt 8.52101002 Stellplatzablöse wird der Ansatz Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten für die Jahre 2023 bis 2026 um jeweils 40.000 EUR auf 50.000 EUR erhöht. Davon werden 20.000 EUR zusätzlich für das Produkt 8.54602011 Parkeinrichtungen- Fahrradbügel etc. im Ansatz Auszahlungen für Baumaßnahmen zur Verfügung gestellt.
 - y) Im Investitionsplan werden zusätzlich 20.000 EUR für Planungsleistungen zur Einrichtung einer behindertengerechten Toilette in der Sternstraße/Kleiner Berlin zur Verfügung gestellt.
 - z) Im Teilfinanzplan 23_3_240 FB Immobilien wird Ansatz Veräußerung von Grundstücken, Gebäuden und Infrastrukturvermögen um 20.000 EUR erhöht.
- aa)** In der Anlage zum Teilplan 23_1_110 – Transferpersonal (S. 1327) wird der kw-Vermerk zur Stelle: Mitarbeiter/-in Chorkleidung/Ausstattung gestrichen.

Diese Stelle wird zukünftig im Stellenplan Stadtsingechor (Anlage zum Teilplan 23_3_444 / S. 1350) geführt.

4. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2021 zur Kenntnis.

zu 7.2 Vierte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Halle (Saale) über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze (Hebesatzsatzung)

Herr Bürgermeister Geier zog die Beschlussvorlage im Namen der Verwaltung zurück.

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Vierte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Halle (Saale) über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze (Hebesatzsatzung).

**zu 7.3 Vierte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung der Hundesteuer sowie über die Ausgabe und Verwendung von Hundesteuermarken im Bereich der Stadt Halle (Saale).
Vorlage: VII/2022/04655**

Herr Bürgermeister Geier zog die Beschlussvorlage im Namen der Verwaltung zurück.

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Vierte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung der Hundesteuer sowie über die Ausgabe und Verwendung von Hundesteuermarken im Bereich der Stadt Halle (Saale).

**zu 7.4 Wahl von Schiedspersonen für die Schiedsstellen 1 bis 3 der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2022/04928**

Herr Schreyer sagte, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Wahl von Schiedspersonen und wie die Verwaltung zu den Wahlvorschlägen gekommen ist, ausführlich im Hauptausschuss besprochen wurde.

Frau Müller sagte, dass die Wahl offen erfolgen kann, wenn dem niemand widerspricht. Sie stellte die aktuelle Anwesenheit mit 45 anwesenden Stadträtinnen und Stadträten fest.

Da es Widerspruch gegen eine offene Wahl gab, wurde die Wahl geheim mit Stimmzetteln durchgeführt. Dazu rief Herr Stehle die Mitglieder des Stadtrates in alphabetischer Reihenfolge auf.

Frau Müller verlas das Abstimmungsergebnis.

Herr Dörrer wurde mit 37 Stimmen und Frau Bauer mit 47 Stimmen gewählt. Herr Graul wurde mit 45 Stimmen und Herr Sinner mit 46 Stimmen gewählt. Frau Schuster wurde mit 44 Stimmen und Frau Große mit 46 Stimmen gewählt.

Bei allein Wahlvorgängen waren 47 Stadträtinnen und Stadträte anwesend und haben ihre Stimme abgegeben.

Abstimmungsergebnis: gewählt

Beschluss:

Der Stadtrat wählt für die Besetzung der Schiedsstellen 1 bis 3 der Stadt Halle (Saale) folgende Personen:

Schiedsstelle 1, Marktplatz 1 (Ratshof)

Schiedsperson/Vorsitz: Herr Marcel Dörrer
vertretende Schiedsperson: Frau Dorothea Bauer

Schiedsstelle 2, Heideringpassage 3 (Quartierbüro Nord)

Schiedsperson/Vorsitz: Herr Frank Graul
vertretende Schiedsperson: Herr Tilo Sinner

Schiedsstelle 3, Wittenberger Straße 14 (Quartierbüro Süd)

Schiedsperson/Vorsitz: Frau Daniela Schuster
vertretende Schiedsperson: Frau Sabine Große

zu 7.5 **4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung ehrenamtlicher Bürgerinnen und Bürger (Entschädigungssatzung)**
Vorlage: VII/2022/04760

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
42 Ja / 2 Nein / 2 Enthaltungen

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die 4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung ehrenamtlicher Bürgerinnen und Bürger (Entschädigungssatzung).

zu 7.6 **Umbesetzung eines Mitglieds des Aufsichtsrates der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH**
Vorlage: VII/2022/04930

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
44 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

Beschluss:

1. Die Stadt Halle (Saale) widerruft die Entsendung von Herrn Jörg Schulze in den Aufsichtsrat der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH zum 31. Dezember 2022.
2. Die Stadt Halle (Saale) entsendet für die restliche Amtszeit als Nachfolger ab 1. Januar 2023 Herrn Peter Günther.
3. Der gesetzliche Vertreter der Stadt Halle (Saale) wird angewiesen, alle zur beschlussgemäßen Umsetzung notwendigen Erklärungen abzugeben und Maßnahmen einzuleiten.

zu 7.7 Jahresabschluss 2021 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA) Vorlage: VII/2022/04446

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
43 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

Beschluss:

- I. Der mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Fachbereich Rechnungsprüfung versehene Jahresabschluss für den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2021 wird wie folgt festgestellt:

Feststellung des Jahresabschlusses

1. Bilanzsumme	12.806.023,76 EUR
1.1. davon entfallen auf der Aktivseite auf	
• das Anlagevermögen	21.430,03 EUR
• das Umlaufvermögen	12.771.784,84 EUR
1.2. davon entfallen auf der Passivseite auf	
• das Eigenkapital	37.046,30 EUR
• den Sonderposten	572.172,13 EUR
• die Rückstellungen	148.653,94 EUR
• die Verbindlichkeiten	12.048.151,39 EUR
2. Jahresüberschuss	0,00 EUR
3. Summe der Erträge	6.276.447,94 EUR
4. Summe der Aufwendungen	6.276.447,94 EUR
II. Dem Betriebsleiter des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung wird für das	

Wirtschaftsjahr 2021 gemäß §19 (4) Ziff. 3 EigBG LSA Entlastung erteilt.

zu 7.8 Wirtschaftsplan 2023 Eigenbetrieb Kindertagesstätten Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2022/04392

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
46 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt dem Wirtschaftsplan 2023 des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in vorliegender Fassung zu.

Wirtschaftsplan 2023:

Erfolgsplan
Gesamterträge 65.986.482,57 EUR
Gesamtaufwendungen 65.986.482,57 EUR

Vermögensplan
Gesamteinnahmen 18.435.302,80 EUR
Gesamtausgaben 18.435.302,80 EUR

Im Wirtschaftsplan 2023 sind Kreditaufnahmen und Verpflichtungsermächtigungen sowie Kassenkredite nicht vorgesehen.

zu 7.9 Wirtschaftsplan 2023 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)
Vorlage: VII/2022/04823

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
45 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt dem Wirtschaftsplan 2023 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale) in vorliegender Fassung zu.

Wirtschaftsplan 2023:

Erfolgsplan
Gesamterträge 6.893.763,00 EUR
Gesamtaufwendungen 6.893.763,00 EUR

Vermögensplan	
Gesamteinnahmen	46.717,00 EUR
Gesamtausgaben	46.717,00 EUR

Im Wirtschaftsplan 2023 sind Kreditaufnahmen und Verpflichtungsermächtigungen sowie Kassenkredite nicht vorgesehen.

zu 7.11 Aufwandsentschädigungen des Hauptverwaltungsbeamten, des ersten Vertreters und der übrigen Beigeordneten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2022/04905

Frau Müller wies gemäß §33 KVG LSA auf das Mitwirkungsverbot für Herrn Bürgermeister Egbert Geier, Herrn René Rebenstorf, Frau Dr. Judith Marquardt und Frau Katharina Brederlow hin.

[Herr Bürgermeister Egbert Geier, Herr René Rebenstorf, Frau Dr. Judith Marquardt und Frau Katharina Brederlow verließen den Sitzungsbereich.]

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
45 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltungen

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, die Höhe der monatlichen Aufwandsentschädigungen gemäß § 6 Absatz 1 Satz 3 Kommunalbesoldungsverordnung wie folgt festzusetzen:

Hauptverwaltungsbeamter:	409 EUR
Beigeordneter als erster allgemeiner Vertreter des Hauptverwaltungsbeamten:	150 EUR
weitere Beigeordnete:	100 EUR.

zu 7.12 Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Halle (Saale) zum 31.12.2021
Vorlage: VII/2022/04801

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
46 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt gem. § 120 Abs. 1 KVG LSA den geprüften Jahresabschluss 2021 mit einer Bilanzsumme von 2.108.356.101,12 EUR. Der Jahresüberschuss in Höhe von 22.722.849,05 EUR wird gemäß § 23 KomHVO auf neue Rechnung vorgetragen und in Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses übertragen.

2. Der Stadtrat erteilt dem Oberbürgermeister gem. § 120 Abs. 1 KVG LSA für den Jahresabschluss zum 31.12.2021 die Entlastung.

zu 7.13 Ermächtigung zur Darlehensaufnahme
Vorlage: VII/2022/04933

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
43 Ja / 1 Nein / 3 Enthaltungen

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, die Stadtverwaltung zu ermächtigen, unter Berücksichtigung des § 108 in Verbindung mit § 99 Abs. 5 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA), im Rahmen der genehmigten Kreditermächtigung 2021 in Höhe von maximal 128.336.500,00 EUR, langfristige Investitionsdarlehen mit folgenden konkreten Ausstattungsmerkmalen aufzunehmen:

Nominalbetrag: 62.406.400,00 EUR
Aufnahmezeitpunkt: spätestens bis zum 15.01.2023
Laufzeit: 20 Jahre
Zinsbindung: 10 Jahre

Der zu zahlende Zinssatz darf dabei 7,00% p.a. nicht überschreiten.

zu 7.14 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2022 im Fachbereich Bildung
Vorlage: VII/2022/04768

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
46 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

Beschluss:

I. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2022 im Ergebnishaushalt für folgende Produkte im Fachbereich Bildung:

1.36303 Hilfen zur Erziehung für Minderjährige (HHPL S. 1140)
Sachkontengruppe 53* Transferaufwendungen in Höhe von 13.874.585 EUR

1.36304 Hilfen für junge Volljährige/ Eingliederungshilfe (HHPL S. 1143)
Sachkontengruppe 53* Transferaufwendungen in Höhe von 1.962.838 EUR

1.36307 vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen (HHPL S. 1149)
Sachkontengruppe 53* Transferaufwendungen in Höhe von 480.403 EUR

1.36343 Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche (HHPL S. 1153)
Sachkontengruppe 53* Transferaufwendungen in Höhe von 2.061.134 EUR.

II. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2022 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstelle im Fachbereich Bildung:

22_4-510_2 Jugend (HHPL S. 1164)
Finanzpositionsgruppe 73* Transferauszahlungen in Höhe von 18.378.960 EUR.

Die Deckung im Ergebnishaushalt erfolgt aus folgenden Produkten:

1.36701 Kinder- und Jugendschutzzentrum (HHPL S. 1163)
Sachkontengruppe 52* Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 63.540 EUR
Sachkontengruppe 54* Sonstige ordentliche Aufwendungen in Höhe von 76.850 EUR

1.61101 Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen (HHPL S. 1229)
Sachkontengruppe 40* Steuern und ähnliche Abgaben in Höhe von 18.238.570 EUR.

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgenden Finanzstellen:

22_4-510_2 Jugend (HHPL S. 1164)
Finanzpositionsgruppe 72* Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 63.540 EUR
Finanzpositionsgruppe 74* Sonstige Auszahlungen in Höhe von 76.850 EUR

22_9-901_1 Zentrale Finanzdienstleistungen (HHPL S. 1232)
Finanzpositionsgruppe 60* Steuern und ähnliche Abgaben in Höhe von 18.238.570 EUR.

**zu 7.15 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2022 im Fachbereich Sicherheit, Bereich Straßenreinigung
Vorlage: VII/2022/04998**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
46 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

Beschluss:

I. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2022 im Ergebnishaushalt für folgendes Produkt im Fachbereich Sicherheit:

1.54502 Straßenreinigung (HHPL S. 245)
Sachkontengruppe 52* Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 1.067.000 EUR.

II. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2022 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstelle im Fachbereich Sicherheit:

22_0-370_3 Straßenreinigung, Winterdienst (HHPL S. 246)
Finanzpositionsgruppe 72* Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 1.067.000 EUR.

Die Deckung im Ergebnishaushalt erfolgt aus folgendem Produkt:

1.12201 Allgemeine Sicherheit und Ordnung (HHPL S. 204)
Sachkontengruppe 45* sonstige ordentliche Erträge in Höhe von 1.067.000 EUR.

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgender Finanzstelle:

22_0-370_1 Ordnung (HHPL S. 211)
Finanzpositionsgruppe 65* sonstige Einzahlungen in Höhe von 1.067.000 EUR.

**zu 7.16 Genehmigung von außerplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und außerplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2022 im Fachbereich Bildung
Vorlage: VII/2022/05000**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
47 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

Beschluss:

I. Der Stadtrat beschließt die außerplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2022 im Ergebnishaushalt für folgendes Produkt im Fachbereich Bildung:

1.36501 Betrieb von Kindertageseinrichtungen (HHPL S. 1160)
Sachkontengruppe 53* Transferaufwendungen in Höhe von 262.734 EUR.

II. Der Stadtrat beschließt die außerplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2022 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstelle im Fachbereich Bildung:

22_4-510_2 Jugend (HHPL S. 1164)
Finanzpositionsgruppe 73* Transferauszahlungen in Höhe von 262.734 EUR.

Die Deckung im Ergebnishaushalt erfolgt aus folgendem Produkt:

1.36501 Betrieb von Kindertageseinrichtungen (HHPL S. 1160)
Sachkontengruppe 41* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von 262.734 EUR.

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgender Finanzstelle:

22_4-510_2 Jugend (HHPL S. 1164)
Finanzpositionsgruppe 61* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von 262.734 EUR.

zu 7.17 Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: VII/2022/04985

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
46 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA die Annahme der nachfolgenden Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen.

1. Geldspende von Herrn Kulf, M. in Höhe von 1.600,00 EUR für die Kindertageseinrichtung „Heide-Süd“
(Produkt 1.36501 – Betrieb von Kindertageseinrichtungen)
2. Geldspende von der Saalesparkasse – PS-Lotteriesparen, Rathausstr. 5, 06108 Halle. in Höhe von 1.500,00 EUR für die Kindertageseinrichtung „Taubenhaus“
(Produkt 1.36501 – Betrieb von Kindertageseinrichtungen)
3. Geldspende von der BTK Binnewies Kurch Streuber, Rudolf-Breitscheid-Str. 10, 06110 Halle (Saale) in Höhe von 1.500,00 EUR für die Kindertageseinrichtung „Froschkönig“
(Produkt 1.36501 – Betrieb von Kindertageseinrichtungen)
4. Geldspende des Vereins Ökologische Arbeitsgruppe Halle e.V., Kreuzvorwerk 10, 06120 Halle (Saale), in Höhe von 5.000,00 EUR für Kauf und Aufstellen von 5 Bänken am Saaleufer.
(Produkt 8.55101001 – Grünflächen und Parkanlagen)
5. Geldspende von der Saalesparkasse – PS Lotteriesparen, Rathausstr. 5, 06108 Halle (Saale), in Höhe von 5.000,00 EUR die Integrative Kita „Haus Kunterbunt“.
Produkt 1.36501 - Betrieb von Kindertagesstätten)

zu 7.18 Verwendung der Mittel gemäß § 8 und § 9 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Sachsen-Anhalt (ÖPVNG LSA) für das Jahr 2023 und die Höhe der Mittel für den Ausgleich verbundbedingter Belastungen sowie Information über die finanzielle Situation der HAVAG im Jahr 2023
Vorlage: VII/2022/04889

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Verwendung der nachfolgend aufgeführten Mittel gemäß § 8 und § 9 ÖPNVG LSA und die Höhe des Ausgleiches verbundbedingter Belastungen.

**zu 7.19 Verzicht auf Variantenbeschluss und Baubeschluss "Ersatzneubau der Holzplatzbrücke BR 020-021"
Vorlage: VII/2022/04607**

Herr Streckenbach fragte, welche baustellenbegleiteten und baustellenvorbereitende Maßnahmen die Verwaltung vorab prüft. Er fragte, wie die Staugefahr reduziert werden kann.

Herr Rebenstorf sagte, dass die Elisabethbrücke im Rahmen des Stadtbahnprogrammes betrachtet wird. Alle weiteren Bauvorhaben entlang der B 80 werden sich danach einordnen. Die Thematik wurde im Ausschuss für Planungsangelegenheiten ausführlich besprochen und dargestellt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
44 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt, für den Ersatzneubau der Holzplatzbrücke BR 020-201 auf den Variantenbeschluss zu verzichten.
2. Der Stadtrat beschließt die Realisierung des Ersatzneubaus der Holzplatzbrücke BR 020-021 mit einem Gesamtwertumfang von 3.588.500,00 Euro.

**zu 7.20 Verzicht auf Variantenbeschluss und Baubeschluss "Ersatzneubau der Brücke Rennbahnkreuz östlich BR 024"
Vorlage: VII/2022/04608**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
44 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt, für den Ersatzneubau der Brücke Rennbahnkreuz östlich BR 024 auf den Variantenbeschluss zu verzichten.
2. Der Stadtrat beschließt die Realisierung des Ersatzneubaus der Brücke Rennbahnkreuz östlich BR 024 mit einem Gesamtwertumfang von 3.136.400,00 Euro.

**zu 7.21 Verzicht auf Variantenbeschluss und Baubeschluss "Ersatzneubau der Brücke Rennbahnkreuz westlich BR 025"
Vorlage: VII/2022/04610**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
45 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt, für den Ersatzneubau der Brücke Rennbahnkreuz westlich BR 025-auf den Variantenbeschluss zu verzichten.
2. Der Stadtrat beschließt die Realisierung des Ersatzneubaus der Brücke Rennbahnkreuz westlich BR 025 mit einem Gesamtwertumfang von 3.396.900,00 Euro.

**zu 7.22 Verzicht auf Variantenbeschluss und Baubeschluss "Sanierung des südlichen Tunneleingangs BR 101 in der Silberhöhe"
Vorlage: VII/2022/04619**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
47 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt, für den Tunnel Silberhöhe BR 101 auf den Variantenbeschluss zu verzichten.
2. Der Stadtrat beschließt die Realisierung der Sanierung des südlichen Tunneleingangs BR 101 in der Silberhöhe mit einem Gesamtwertumfang von 1.276.000,00 Euro.

**zu 7.23 Verzicht auf Variantenbeschluss und Baubeschluss "Ersatzneubau der Brücke Kinderdorf BR 114"
Vorlage: VII/2022/04748**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
46 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt, für den Ersatzneubau der Brücke Kinderdorf BR 114 auf den Variantenbeschluss zu verzichten.
2. Der Stadtrat beschließt die Realisierung des Ersatzneubaus der Brücke Kinderdorf BR 114 mit einem Gesamtwertumfang von 1.687.400,00 Euro.

**zu 7.24 Baubeschluss - Erweiterungsneubau Grundschule Büschdorf Halle,
Standort Käthe-Kollwitz-Straße 2, 06116 Halle (Saale)
Vorlage: VII/2022/04758**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
41 Ja / 1 Nein / 3 Enthaltungen

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt den Erweiterungsneubau Grundschule Büschdorf Halle am Standort Käthe-Kollwitz-Straße 2, 06116 Halle (Saale) in einem Gesamtwertumfang von 3.810.300 €.

**zu 7.25 Änderung der Großräumigen Gliederung der Stadt Halle bezüglich des
Stadtteilnamens Halle
Vorlage: VII/2022/04601**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
40 Ja / 2 Nein / 3 Enthaltungen

Beschluss:

1. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, das Verfahren zur Änderung der Großräumigen Gliederung (GRG) der Stadt Halle bezüglich des Stadtteilnamens Halle einzuleiten und umzusetzen.
2. Der Stadtrat bestätigt den Vorschlag, den Stadtteil Halle aufzulösen und stattdessen den bisher zugeordneten Stadtvierteln den Status Stadtteil zukommen zu lassen. Das ehemalige Stadtviertel Gebiet der DR soll dabei dem zukünftigen Stadtteil Freimfelde/Kanenaer Weg zugeschlagen werden. Diese Änderungen sind Grundlage

für die Anhörung der betroffenen Bürger*innen gemäß § 13 Abs. 3 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA).

3. Nach erfolgter Anhörung legt die Verwaltung dem Stadtrat den Vorschlag gemäß Punkt 2 gemeinsam mit den Ergebnissen der Anhörung gemäß § 45 Abs. 3 Nr. 1 KVG LSA zur Beschlussfassung vor.

zu 7.26 Aufstellung des Kunstwerks S a a l e n i x e von Heike Lichtenberg
Vorlage: VII/2022/04670

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
43 Ja / 4 Nein / 0 Enthaltungen

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt, das Kunstwerk „Saalenixe“ von Heike Lichtenberg auf der Freifläche am Saalewehr in Trotha aufzustellen.
2. Der Stadtrat beschließt, das Kunstwerk „Saalenixe“ von Heike Lichtenberg nach seiner Aufstellung als Schenkung der Bürgerinitiative Gesundes Trotha e. V. anzunehmen.

zu 7.27 Verrechnung der Zahlungen an die HAVAG für Schülerzeitkarten aufgrund des 9-Euro-Tickets - 1. Änderungsvertrag zum Vertrag zur Beförderung der Schülerinnen und Schüler der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2022/04686

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
45 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) ermächtigt den Oberbürgermeister zum Abschluss des in der Anlage enthaltenen 1. Änderungsvertrags zum Vertrag zur Beförderung der Schülerinnen und Schüler der Stadt Halle (Saale).

zu 7.28 Sozial- und Jugendhilfeplanung nach FamBeFöG LSA
Vorlage: VII/2022/04747

Herr Dr. Wend sagte, dass die beigefügte Anlage die soziale Zusammensetzung in der Stadt sehr detailliert darstellt. Er empfahl, sich dies näher anzuschauen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
47 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

Beschluss:

1. Der Stadtrat stimmt der Fortschreibung der Sozial- und Jugendhilfeplanung gemäß Anlage 1 nach dem Gesetz zur Familienförderung und zur Förderung sozialer Beratungsstellen des Landes Sachsen-Anhalt (FamBeFöG LSA) für die Jahre 2023 bis 2025 zu.

2. Unter dem Vorbehalt des Beschlusses des Haushaltsplanes 2023 wird dem Vorschlag der Verwaltung zum Planansatz 2023

- a) für die Suchtberatungsstellen und
- b) für die Ehe-, Lebens-, Familien- und Erziehungsberatungsstellen

zugestimmt.

zu 7.29 Schulträgervereinbarung und Vereinbarung über Gastschulbeiträge
Vorlage: VII/2022/04756

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
43 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltungen

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) ermächtigt den Oberbürgermeister zum Abschluss der in der Anlage enthaltenen Schulträgervereinbarung sowie Vereinbarung über Gastschulbeiträge mit dem Landkreis Saalekreis zur Aufnahme von Schülerinnen und Schülern in die Förderschule für Lernbehinderte Comeniusschule ab 01.08.2022.

zu 8 Wiedervorlage

zu 8.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Prüfung einer behindertengerechten Toilette in der Sternstraße
Vorlage: VII/2022/03913

zu 8.1.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Errichtung einer barrierefreien, behindertengerechten Toilette in der Sternstraße/Kleiner Berlin (VII/2022/03913)
Vorlage: VII/2022/05076

Frau Haupt führte in den Antrag ein und warb um Zustimmung. Sie sagte, dass sich der Behindertenbeirat im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss für eine behindertengerechte Toilette ausgesprochen hat und dieses Ansinnen zu unterstützen ist.

Herr Heinrich sagte, dass die Errichtung einer behindertengerechten Toilette begrüßenswert ist, die Summe von 20.000 Euro aber nicht ausreichen wird.

Frau Krischok sagte, dass für den Bau eine fünfstellige Summe im Haushalt vorgesehen ist. Diese Summe wird mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht ausreichen. Die Kosten werden sich auf eine sechsstellige Summe belaufen. Sie empfahl, dem Änderungsantrag des Oberbürgermeisters nicht zuzustimmen, sondern dem Hauptantrag ihrer Fraktion.

Frau Dr. Brock-Harder empfahl ebenfalls, dem Antrag der Fraktion DIE LINKE zuzustimmen.

Herr Heym sagte, dass die Rahmenbedingungen für die Errichtung einer Toilettenanlage definiert und sichergestellt werden müssen.

Frau Dr. Burkert sagte, dass ihre Fraktion den Antrag ausdrücklich unterstützt. Das Ansinnen ist wichtig, damit sich der Personenkreis direkt am Nachtleben beteiligen kann. Zum Essen, Trinken und Feiern gehen gehört auch eine entsprechend vorhandene Toilette.

Herr Bönisch sagte, dass das Ansinnen umgesetzt wird, unabhängig davon, ob dem Änderungsantrag oder dem Hauptantrag zugestimmt wird. Ein weiteres wichtiges Thema wäre der barrierefreie Zugang zum Stadthaus. Hierzu entsprechend einen Antrag zu stellen wäre begrüßenswert.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

**zu 8.1.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Errichtung einer barrierefreien, behindertengerechten Toilette in der Sternstraße/Kleiner Berlin (VII/2022/03913)
Vorlage: VII/2022/05076**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
14 Ja / 28 Nein / 1 Enthaltung

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag erhält folgende Fassung:

Die Verwaltung nimmt den Standort Sternstraße/Kleiner Berlin in das Toilettenkonzept, Kapitel 4 (Standortfindung und Versorgung) sowie in die Matrix zur Bewertung möglicher neuer Standorte (Anlage 7) auf und wird beauftragt, mögliche Fördermöglichkeiten für eine bauliche Umsetzung zu erschließen.

**zu 8.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Prüfung einer behindertengerechten Toilette in der Sternstraße
Vorlage: VII/2022/03913**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
34 Ja / 7 Nein / 4 Enthaltungen

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, in der Sternstraße/ Kleiner Berlin eine barrierefreie, behindertengerechte Toilette zu errichten.

zu 8.5 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Unterzeichnung der Charta der Vielfalt durch die Stadt Halle (Saale) als Arbeitgeberin
Vorlage: VII/2022/04576

Herr Steinke warb um Zustimmung zum Antrag.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass Halle (Saale) ein Arbeitgeber mit Vielfalt ist. Das Ansinnen ist nachvollziehbar. Die Mitgliedschaft hat für das Verwaltungshandeln jedoch keinen Mehrwert.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
15 Ja / 21 Nein / 11 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat unterstützt die Charta der Vielfalt und beauftragt die Stadt als eine der größten Arbeitgeber:innen der Region, diese Charta zu unterzeichnen.

Die Stadt verpflichtet sich, aktiv an der Umsetzung zu wirken, indem sie sich an Aktivitäten wie dem Diversity-Tag beteiligt und in der Stadtgemeinschaft zu entsprechenden Veranstaltungen als diversitätsbewusste Arbeitgeberin auftritt.

zu 8.6 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Prüfung der besseren Nutzung von E-Scootern durch Freefloating in Außenbezirken
Vorlage: VII/2022/04585

Herr Steinke brachte den Antrag ein und warb um Zustimmung.

Herr Paulsen sagte, dass die Verwaltung die Ablehnung des Antrages empfiehlt. Das Anliegen des Antrages wurde bereits geprüft. Die Bedingungen in den Außenbezirken sind nicht besser als in der Altstadt, die Fußwegbereiche sind oft schlechter. Es ist daher wichtig, dass die Fußwege von E-Scootern frei sind.

Herr Lange schloss sich den Ausführungen der Stadtverwaltung an. Die vorhandenen Abstellplätze müssen markiert und entsprechend kontrolliert werden. Allein im Bereich des Neustadt Centrums befinden sich permanent zwischen den Fahrradbügeln abgestellte E-Scooter. Diese werden bei weitem nicht ordentlich behandelt.

Frau Dr. Kreutzfeldt sagte, dass der Behindertenbeirat auch die Problematik mit nicht ordentlich abgestellten E-Scootern angesprochen hat. Die quer und wild rumstehenden oder sogar rumliegenden E-Scooter stellen eine Gefährdung dar.

Frau Dr. Brock-Harder sagte, dass nicht zwingend die Nutzer die E-Scooter umwerfen und quer liegen lassen. Sie sprach sich für ein Freefloating in den Außenbezirken aus.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
12 Ja / 29 Nein / 4 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung prüft, wie die Nutzung von E-Scootern in den Außenbezirken nach dem Freefloating-Prinzip, wie z.B. in München, oder durch eine stärkere Ausweisung von Standorten in Außenbezirken verbessert werden kann. Das Ergebnis ist dem Stadtrat zum November-Stadtrat vorzulegen.

zu 8.7 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Prüfung von Anreiz- und Belohnungssystemen für klimafreundliches Verhalten
Vorlage: VII/2022/04587

Der Antrag wurde von **Frau Dr. Burkert** in eine Anregung umgewandelt.

zu 8.9 Antrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP): Kinderschutz im sozialen Netzwerk fängt auf dem Spielplatz an
Vorlage: VII/2022/04531

Frau Mark brachte den Antrag ein und warb um Zustimmung.

Herr Heym sagte, dass Hinweise zur Verletzung des Urheberrechts und der Persönlichkeitsrechte praktisch wären.

Herr Heinrich sagte, dass die FDP Eltern bevormunden und entmündigen möchte.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
37 Ja / 1 Nein / 7 Enthaltungen

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit Eltern auf Gefahren der Verbreitung von Kinderbildern im Netz hingewiesen werden können, wie es z.B. durch QR-Codes auf Spielplätzen in einem Pilotprojekt in der Schweiz bereits durchgeführt wird.

zu 9 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 9.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Berufung eines sachkundigen Einwohners Vorlage: VII/2022/04973

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
43 Ja / 1 Nein / 3 Enthaltungen

Beschluss:

Alexandra Schmelzer scheidet als sachkundige Einwohnerin im Bildungsausschuss aus.
Tarik Kutlovac wird als sachkundiger Einwohner in den Bildungsausschuss berufen.

zu 9.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) : "Förderung der Örtlichen Jugendarbeit sichern- Schulsozialarbeit in Landesprogramm überführen" Vorlage: VII/2022/04974

Frau Haupt bracht den Antrag ein und warb um Zustimmung.

Herr Dr. Wend sagte, dass eine fraktionsübergreifende Antragstellung gut gewesen wäre.

Frau Ranft sprach sich für den Antrag aus.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
42 Ja / 1 Nein / 2 Enthaltungen

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Gespräch mit dem Land zur um die Kofinanzierung der Schulsozialarbeit geplanten Erweiterung des § 31 im Kinder- und Jugendhilfegesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KJHG-LSA) zu Ungunsten der örtlichen Jugendarbeit zu suchen. Dabei gilt es aufzuzeigen, dass aus dem vom Land zur Verfügung gestellten Förderbudgets im § 31 KJHG-LSA eine Konkurrenzsituation der beiden jugendhilferechtlichen Leistungen entsteht und dass es für die Schulsozialarbeit ein eigenes Landesprogramm braucht. Gleichzeitig wird die Verwaltung beauftragt, diese Problematik auch mit dem Städte- und Gemeindebund zu beraten.

**zu 9.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Aufbau eines Energiemanagementsystems
Vorlage: VII/2022/04994**

Der Antrag wurde verwiesen.

Abstimmungsergebnis: verwiesen

*durch GOA der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften
und
durch GOA des Oberbürgermeisters
in den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung*

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Energiemanagementsystem (EnMS) aufzubauen und dem Stadtrat bis zum 3. Quartal 2023 einen Plan zur Einführung ab dem Jahr 2024 vorzulegen. Fördermöglichkeiten durch Land und Bund werden diesbezüglich geprüft und entsprechende Antragstellungen realisiert.

**zu 9.4 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Erstellung einer Potenzialanalyse zur Nutzung von Abwärme von Rechenzentren
Vorlage: VII/2022/04991**

Der Antrag wurde verwiesen.

Abstimmungsergebnis: verwiesen

*durch GOA der Fraktion MitBürger & Die PARTEI
in den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung
und in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten*

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, auf dem Stadtgebiet vorhandene Potenziale zur Nutzung von Abwärme von Rechenzentren zu ermitteln und dem Stadtrat im 4. Quartal 2023 zur Kenntnis zu geben. Dabei sind insbesondere folgende Aspekte zu untersuchen:
 - a. Möglichkeiten der Einbindung in das bestehende Fernwärmenetz
 - b. Aufbau von Nahwärmenetzen
 - c. Flächen und Liegenschaften, die sich als Standort für ein Rechenzentrum eignen würden
2. Die Stadtverwaltung prüft, ob für die Erstellung der Potenzialanalyse Fördermittel über das Bundesprogramm für effiziente Wärmenetze (BEW) beantragt werden können.

zu 9.5 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Berufung eines sachkundigen Einwohners
Vorlage: VII/2022/04980

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
41 Ja / 1 Nein / 3 Enthaltungen

Beschluss:

Frau Ines Dunker scheidet als sachkundige Einwohnerin im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss aus. Philipp Pieloth wird als sachkundiger Einwohner in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss berufen.

zu 10 Mitteilungen

Es gab keine weiteren Mitteilungen.

zu 11 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Frau Müller sagte, dass die schriftlichen Anfragen der Fraktionen und Stadträte und die Antworten der Verwaltung unter den Ziffern 11.1 bis 11.28 vorliegen.

Die Beantwortungen zu den TOP's 11.4, 11.6, 11.18 und 11.19 werden in einer späteren Sitzung beantwortet.

Sie fragte nach mündlichen Anfragen.

zu 11.29 Herr Lange zur Mansfelder Straße

Herr Lange sagte, dass auf der rechten Seite am MMZ seit einigen Wochen eine kleine Brücke zur Auffahrt auf den Radweg existiert und fragte, wo genau die Problematik dort liegt und wann dieses Hindernis beseitigt wird.

Herr Rebenstorf sagte eine Prüfung zu.

zu 11.30 Frau Dr. Burkert zur Schneeräumung auf Radwegen

Frau Dr. Burkert wies darauf hin, dass es seit dem 01.01.2019 einen Vertrag über die Durchführung des Winterdienstes auf Radwegen gibt. Sie fragte, wie oft die HWS im Dezember 2022 die Schneeräumung auf Radwegen vorgenommen hat, welche Stelle der Verwaltung in welchem zeitlichen Abstand die Räumung kontrolliert, ob der Räumauftrag an Dritte vergeben wurde (wenn ja, an wen) und für wie viele Einsätze die jährliche Pauschale von 74.000 Euro gezahlt wurde, ob es Zusatzleistungen gab, welcher Art diese waren und wie diese vergütet wurden, und ob Leistungsreduzierungen in warmen Wintermonaten durch die Stadt geltend gemacht wurden, in welchem Umfang und wann.

Herr Paulsen sagte, dass es mit der HWS eine vertragliche Regelung zur Durchführung des Winterdienstes auf festgelegten Radwegen gibt. Die Tourenpläne werden je nach Wetterlage durch die HWS eigenständig erstellt und der Räumplan entsprechend umgesetzt. Eine grundsätzliche Kontrolle durch die Stadtverwaltung erfolgt nicht, da es sich um eine vertragliche Aufgabenerfüllung durch die Stadtwerke handelt.

Bisher sind der Stadt keine Mängelanzeigen bzw. Hinweise aus der Einwohnerschaft zugegangen, anhand derer festgestellt werden konnte, dass keine entsprechende Räumung vorgenommen wurde. Darüber hinaus ist immer kommuniziert worden, dass nicht bereits am ersten Schneefalltag eine Räumung der Radwege erfolgen kann, da die Prioritäten auf dem Straßennetz liegen.

Gemäß Vertrag kann der Räumauftrag an Dritte weitergegeben werden. Etwa 50 % der Winterdienstleistungen werden im Auftrag durch die HASTRA-Service GmbH realisiert. Es wurde eine Pauschale vereinbart, die auf Durchschnittspreisen der letzten fünf Jahre basiert und den damals vereinbarten Leistungsumfang berücksichtigt. Es erfolgte keine Beauftragung nach Anzahl der Einsätze, wodurch keine Minder- oder Mehreinsätze verrechnet werden können und Leistungsreduzierungen in warmen Wintermonaten nicht geltend gemacht werden können. Zusatzleistungen wurden nicht erbracht.

zu 11.31 Frau Dr. Wünscher zum Stand der Verhandlungen mit dem Saline e.V.

Frau Dr. Wünscher fragte nach dem Stand der Verhandlungen mit der Salzwirker Bruderschaft und dem Saline e.V. Sie sagte, dass bislang keine Fördervereinbarung mit dem Saline e.V. besteht und diese längst überfällig ist. Sie fragte, wann eine entsprechende Fördervereinbarung vorliegen wird.

Frau Dr. Marquardt sagte, dass am vergangenen Freitag ein weiterer Gesprächstermin stattfand. Im Ergebnis bedarf es eines weiteren Treffens, welches im Januar erfolgen wird. Man konnte sich in vielen Punkten einigen, etwas Abschließendes liegt aber noch nicht vor.

zu 11.32 Frau Dr. Schöps zur Erstellung eines Mietspiegels

Frau Dr. Schöps sagte, dass der Auftrag zur Erstellung eines Mietspiegels für die Stadt Halle bereits im September 2022 vergeben wurde, dieser jedoch schlussendlich keine Mehrheit im Stadtrat fand. Aus der Diskussion hatte sich ergeben, bei einem nächsten Anlauf die rechtzeitige Beteiligung von Vertretern der Mieter, Vermieter und Fraktionen vorzunehmen. Sie fragte, wann und in welchem Format diese Beteiligung erfolgen soll.

Herr Rebenstorf sagte eine Information zum aktuellen Sachstand in der nächsten Sitzung des Planungsausschusses zu.

zu 11.33 Frau Haupt zum Vorplatz am Gesundheitszentrum in der Silberhöhe

Frau Haupt sagte, dass sich die Gehwegplatten in dem benannten Bereich heben und eine Gefahrenquelle darstellen. Sie fragte, ob dies bekannt ist und wann eine Behebung der Schäden erfolgt.

Herr Rebenstorf sagte eine Prüfung zu.

zu 11.34 Frau Haupt zum Haus der Wohnhilfe

Frau Haupt bezog sich auf die Anfrage aus der Einwohnerfragestunde und die Antwort der Verwaltung. Sie fragte, wann die bestellten Hygienevorrichtungen geliefert werden.

Frau Dr. Marquardt sagte, dass die Abdichtungen noch in dieser Woche repariert werden. Sobald die Lieferung eintrifft, wird diese auch eingebaut.

zu 11.35 Herr Heinrich zum Stadtgutschein

Herr Heinrich bezog sich auf den Bericht des Oberbürgermeisters aus der Stadtratssitzung vom 23.11.2022 und die Ausführungen zum Stadtgutschein. Er fragte, welche Anzahl und mit welchem Geldwert Gutscheine ausgegeben wurden. Zusätzlich bat er um Information, zu wie viel Prozent die Gutscheine an Stadtmitarbeitende, an Angestellte von Tochtergesellschaften sowie an Fremdfirmen vergeben wurden.

Herr Bürgermeister Geier sagte eine Prüfung zu.

zu 11.36 Herr Streckenbach zum mobilen Hochwasserschutzsystem

Herr Streckenbach bezog sich auf die mobilen Hochwasserschutzsysteme, die nach 2013 angeschafft wurden und die Antwort der Verwaltung unter TOP 11.9.

Bezüglich der angeschafften Hochwasserschutzsysteme für Planena fragte er, wie viele Pumpen dafür zur Verfügung stehen, da ein Ringdeich bisher aufgrund der fehlenden Pumpen abgelehnt wurde. Weiterhin fragte er, ob auch Hochwasserschutzsysteme für die Stadtteile Beesen, Ammendorf und Radewell vorgesehen sind.

Herr Rebenstorf sagte eine Prüfung zu.

zu 11.37 Frau Ranft zu Wasserproben aus der Saale

Frau Ranft sagte, dass am 24.11.2022 an vier Stellen in der Saale Wasserproben geschöpft wurden. An diesem Tag gab es keine Niederschläge, sodass ein Überlaufen aus einem Mischwasserkanal ausgeschlossen werden kann. Die Grenzwerte der Colibakterien sind sehr hoch und steigen im Verlauf der Saale deutlich an. Sie fragte, ob die Stadtverwaltung diese Werte kennt und welche Maßnahmen diesbezüglich getroffen werden. Sie schlug darüber hinaus ein Monitoring des Saalewassers vor und bat um Einschätzung dessen durch die Stadt.

Herr Bürgermeister Geier sagte eine Prüfung zu.

zu 11.38 Herr Dr. Lochmann zur Parkgebührenordnung

Herr Dr. Lochmann sagte, dass die Obergrenze für Parkgebühren beschlossen wurde. Er fragte, ob die Parkgebührensatzung für Halle (Saale) entsprechend angepasst wird.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass die Verwaltung eine entsprechende Beschlussvorlage zur Diskussion in den Rat einbringen wird.

zu 11.39 Herr Schied zu mobilen Fahrradabstellanlagen bei Veranstaltungen

Herr Schied bezog sich auf eine mehrfach gestellte Anfrage zu mobilen Fahrradabstellanlagen bei großen Veranstaltungen und bat um Beantwortung dieser.

Herr Rebenstorf sagte eine Prüfung zu.

zu 11.40 Herr Schied zur Ampelschaltung am Reileck

Herr Schied bezog sich auf seine, in der letzten Sitzung, gegebene Anregung zur Ampelschaltung am Reileck. Wenn man als Fußgänger über die Richard-Wagner-Straße läuft, passiert es regelmäßig, dass Autofahrer aus der Wuchererstraße kommend praktisch fast in die Fußgänger reinfahren. Im Hauptausschuss appellierte die Verwaltung an die Vernunft der Autofahrer, die Ampel nicht bei Rot zu überqueren. Er sagte, dass dieser Appell nichts bewirken wird. Die Situation wird sich dadurch nicht verändern. Er fragte, ob die Thematik mit diesem Appell erledigt ist.

Herr Rebenstorf sagte, dass die Autofahrer bereits bei Gelb anhalten sollen. Die Situation ist in dem Bereich aufgrund der beengten Platzverhältnisse schwierig. Es ist keine ideale Lösung, das ist bekannt. Die Thematik kann gerne mit den Fachkollegen im Detail erörtert werden.

zu 12 Anregungen

zu 12.6 Anregung der Stadträtin Dr. Annette Kreutzfeldt zum Winterdienst auf Radwegen

Frau Dr. Kreutzfeldt bezog sich auf die Anfrage unter TOP 11.1 und die Antwort der Verwaltung. Sie regte an, über das städtische Grünflächenamt die Schneeräumung der Radwege an der Peißnitz, die Querungen von der Peißnitzbrücke zur Schwanenbrücke oder der Radweg entlang der Birkenallee vorzunehmen.

zu 12.7 Anregung des Stadtrates Carsten Heym zu Ampelschaltungen im Stadtgebiet

Herr Heym bezog sich auf die Ausführungen von Herrn Schied unter TOP 11.40 und sagte, dass es im Stadtgebiet relativ häufig zu beobachten ist, dass rote Ampeln überquert werden. Er regte daher an, dass die Stadtverwaltung sich dafür einsetzt, dass es einen Aktionstag, ähnlich zum Handy am Steuer, gibt, um an den bekannten Stellen den Problemen nachzukommen.

zu 12.8 Anregung der Stadträtin Dr. Silke Burkert zum Winterdienst auf Radwegen

Frau Dr. Burkert regte an, das Streubuch der HWS bezüglich der Beräumung der Radwege von Schnee und Eis einzusehen und prüft, ob die jährlich zu zahlenden 100.000 Euro gut angelegt sind.

zu 13 Anträge auf Akteneinsicht

Es lagen keine weiteren Anträge auf Akteneinsicht vor.

Für die Richtigkeit:

Katja Müller
Vorsitzende des Stadtrates

Maik Stehle
Protokollführer